

Nr. 286 | 25.01.2022

Polen-Analysen

Polnische Positionen gegenüber der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze

■ ANALYSE	
Die »Migrationskrise« an der polnischen EU-Außengrenze mit Belarus Gert Röhrborn, Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
Hinweis auf eine Videobotschaft von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki	8
Die Konferenz der Botschafter der Republik Polen: Mut und Empathie	8
Brief der 63 aus dem Grenzgebiet an die Europäische Kommission	9
Konferenz des Episkopats: Erklärung des Migrations-, Tourismus- und Pilgerrates zu in Polen eintreffenden Geflüchteten	11
Interview mit Präsident Andrzej Duda in Kuźnica, einem Ort an der Grenze zu Belarus	12
Neujahrsansprache des Präsidenten der Republik Polen für das Jahr 2022	14
■ UMFragen	
Meinungen zur Lage an der Grenze zu Belarus	14
■ CHRONIK	
7. Dezember 2021 – 24. Januar 2022	19

Die »Migrationskrise« an der polnischen EU-Außengrenze mit Belarus

Gert Röhrborn, Warschau

DOI: 10.31205/PA.286.01

Zusammenfassung

Besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 kam es entlang der östlichen EU-Außengrenze in den baltischen Staaten und in Polen zu einer politisch höchst problematischen und humanitär prekären Situation, in der das belarussische Regime unter Alexander Lukaschenko vor allem Personen aus arabischen und afrikanischen Ländern nach Belarus einfliegen ließ, um so einen künstlichen »Migrationsdruck« auf die EU aufzubauen. Da diesen Menschen insbesondere von der polnischen Seite der Grenzübergang entschieden und unter Anwendung von Zwangsmitteln, die zumindest in Teilen nicht mit internationalem und polnischem Recht konform waren, verweigert wurde, sie aber von belarussischen Sicherheitskräften ebenfalls mit Gewalt zurück in Richtung Polen getrieben wurden, kampierten viele von ihnen an der Grenze und versuchten verzweifelt und teils auf gewaltsame Weise, doch noch auf EU-Territorium zu gelangen. Der vorliegende Artikel beschreibt den Verlauf dieses Ereignisses und analysiert es mit Blick auf die Situation in Polen. Dabei werden Argumente für die These angeführt, dass die offiziell vertretene geopolitische Perspektive das Geschehen nicht ausreichend erfasst und die gefährlichen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der Reaktion der polnischen Regierung und ihrer europäischen Partner in den Hintergrund drängt.

Gegen Ende des Sommers und dann vor allem im Herbst 2021 war die im Laufschrift eskalierende sogenannte »hybride« Auseinandersetzung zwischen dem belarussischen Regime unter Alexander Lukaschenko und der Warschauer Regierung das alles dominierende Thema in Polen. In ihrem Verlauf wurden Menschen aus u. a. Ländern des Nahen Ostens und Afrikas nicht mehr nur etwa als Schutzschilde, sondern als Waffen eingesetzt. Seit Russland mit seinem Truppenaufmarsch an der russisch-ukrainischen Grenze Nachrichten mit viel weitreichenderer Bedeutung für die westliche Welt produziert, ist es mit einem Schlag still um sie geworden. Was mitnichten heißt, dass das Quälen und Sterben von unschuldigen Menschen plötzlich aufgehört hätte.

Die Lage im polnisch-belarussischen Grenzgebiet ist ein Lehrstück über Leben, das (nicht) zählt. In einem Europa, das sich aufgrund überlagernder regionaler und globaler Trends – wachsender Migrationsdruck, Klimawandel, geopolitische Herausforderungen, Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise, langsames Ausbrennen des Integrationsgedankens der EU – seit Jahren im Krisenmodus befindet. Ein malerisches, dünn besiedeltes und ökologisch bedeutsames Waldgebiet, wo sich sonst Bisons und Wölfe Gute Nacht sagen und Touristen aus der Großstadt am Kaminfeuer ihrer Hotels und Hütten sitzen, wird für die einen – begnadete Selbstdarsteller und zynische Erpresser in den Hauptstädten dies- und jenseits der Grenze – zum PR-Schlachtfeld, für andere hingegen zur potenziellen Todesfalle.

Dieser Artikel soll verdeutlichen, warum vom PR-Charakter des Geschehens und einem »Event« gesprochen werden muss. Der erste Grund ist augenfällig: Es war die

polnische Regierung selbst, die sich mit ihrer Reaktion auf die zunächst vom belarussischen Machthaber Lukaschenko vermutlich mit Billigung oder gar Unterstützung des Kremls forcierte Situation an der EU-Außengrenze zum Co-Produzenten dieses menschenverachtenden Kesseltreibens ernannt hat. Nicht an einer Lösung des Konflikts war ihr gelegen, sondern daran, über einen möglichst langen Zeitraum ihre Popularitätswerte zu steigern, um von anderen innenpolitischen Kontroversen abzulenken und bei der Gelegenheit Mittel zur Einschränkung der Rechte auf freie Berichterstattung und zur Lenkung der öffentlichen Meinung zu testen. Für das Publikum rivalisierten die Zahlen der sich an der Grenze befindlichen oder »zurückgeworfenen« Migranten mit den hohen Infektions- und Todeszahlen der Corona-Statistiken. Zweitens ist die Frage berechtigt, wie effektiv die »Verteidigung« dieser etwa 400 km langen grünen Grenze zwischen Polen und Belarus überhaupt ausfallen konnte und tatsächlich ausgefallen ist – angesichts der martialischen Rhetorik der polnischen Regierung sollte man eigentlich davon ausgehen können, dass die Grenze tatsächlich dicht gehalten hat. Drittens wurde geopolitisch kaum etwas erreicht, dafür sind die wichtigsten längerfristigen Auswirkungen innenpolitischer und europäischer Natur. Es scheint mir daher angebracht, jenen Beobachtern der Lage zuzustimmen, die davon gesprochen haben, dass es sich hierbei weniger um eine Migrations- als vielmehr um eine Humanitätskrise handelt.

Der bisherige Verlauf der Krise

Der Verlauf der Krise kann vorläufig in drei Phasen eingeteilt werden. Während der ersten, die von Frühjahr

bis Sommer 2021 andauerte, kam es zu einem stetigen Anwachsen der Zahl von Personen (von einigen Hundert auf mehrere Tausend pro Monat), die über die baltischen Staaten und Polen in die EU zu gelangen versuchten. Im Juli verhängte Litauen den Ausnahmezustand auf seinem Territorium und begann mit dem Aufbau von Anlagen zur Grenzsicherung, überdies bat es die europäische Grenzschutzagentur Frontex um Unterstützung – in deren Rahmen übrigens auch polnische Grenzschützer in das Nachbarland entsandt wurden. Die Situation an der polnischen Grenze verschärfte sich zeitgleich mit dem endgültigen Zusammenbruch Afghanistans durch den Vormarsch der Taliban und der dort einsetzenden Flüchtlingsbewegung.

Die zweite Phase beginnt mit dem 20. August 2021, an dem der polnische Innenminister offenbar auch mit Blick auf in der Nähe des Grenzübergangs Usnierz Górny ausharrende afghanische Flüchtlinge eine später per Gesetz abgesicherte Verordnung erließ, mit der Personen, die an einem geschlossenen oder begrenzt funktionierenden Grenzübergang oder außerhalb desselben aufgegriffen werden, »an die Linie der Staatsgrenze zurückzubringen sind«. Da dabei jeglicher Bezug auf Anträge zur Gewährung internationalen Schutzes fehlte, wurden die mutmaßlich bereits lange zuvor von polnischen Organen ausgeführten »Pushbacks« de facto legalisiert. Appelle des UNHCR und eine einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur humanitären Versorgung der Flüchtlinge ignorierte die polnische Regierung ebenso wie die Kritik des polnischen Ombudsmanns für Bürgerrechte und von Menschenrechtsorganisationen wie etwa der Helsinki-Stiftung, die seit Jahren erfolglos die gesetzwidrigen Praktiken der polnischen Grenzpolizei hinsichtlich des Stellens von Asylanträgen, tatsächlich deren Verhinderung, anprangerten. Fast zeitgleich wurde mit dem Auslegen von Stacheldraht an der Grenze zu Belarus begonnen. Der eigentliche Wendepunkt war aber am 2. September 2021 die Einführung des Ausnahmezustands in fast 200 Gemeinden entlang der polnisch-belarussischen Grenze, zunächst befristet auf 30 Tage. Er sollte schließlich für die verfassungsrechtlich zulässige Maximaldauer von drei Monaten gelten und wurde weitestgehend mithilfe der Stimmen der Regierungskoalition und anderer Abgeordneter konservativer und rechter Gruppierungen mehrfach im Parlament durchgesetzt. Kritiker hielten der Regierung vor, dass zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise von einer so gefährlichen Situation gesprochen werden konnte, die einen derart einschneidenden Schritt rechtfertigen würde, ohne dass zuvor alle anderen Mittel ausgeschöpft worden wären. Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) hatte hingegen argumentiert, von der illegalen Migration gehe im Zusammenhang

mit den für Herbst geplanten russischen Militärübungen ZAPAD-21 eine reale Gefahr aus, überdies folge man der Praxis in den baltischen Staaten.

Im Rahmen dieser Maßnahme war der Zugang zur »Grenzzone« nur noch dort lebenden oder arbeitenden Menschen gestattet. In ihr wurde das Versammlungsrecht ausgesetzt und das in der Verfassung der Republik Polen verbriefte Recht auf Zugang zu öffentlichen Informationen (Art. 61 Abs. 1 – »Der Bürger hat das Recht, Informationen über die Tätigkeit der Organe der öffentlichen Gewalt und von Personen, die öffentliche Funktionen ausüben, zu erhalten«) aufgehoben sowie ein weitreichendes Film- und Fotoverbot erlassen, was de facto zu einer Monopolisierung der Medienberichterstattung durch den Staat führte. Überdies führten staatliche Behörden angesichts der wachsenden Hilfsbereitschaft in Teilen der Bevölkerung (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Zone), die auf die sich mehrenden Todesfälle entlang der Grenze reagierten, in ihrer Kommunikation bewusst den (juristisch nicht haltbaren) Eindruck herbei, jedwede Hilfe für die die Grenze überschreitenden Personen sei eine mit Schleusertätigkeit vergleichbare schwere Straftat. In den Oktober und November 2021 fallen dann angesichts der verstärkten Aktivitäten des Lukaschenko-Regimes jene Bilder, die um die Welt gingen: von belarussischen Sicherheitskräften teils mit Gewalt an bestimmte Punkte der Grenzlinie gedrängte größere Personengruppen, die mit allerlei Werkzeug und Material ausgerüstet versuchen, die von polnischen Sicherheitskräften bewachten provisorischen Sicherungsanlagen zu durchbrechen.

Die dritte Phase steht im Zusammenhang mit der Ausweitung des Sanktionspakets der Europäischen Union gegenüber Belarus. Seit 2020 hatte die EU in Reaktion auf die brutale Niederschlagung der Proteste nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen sowie wegen der erzwungenen Landung eines Ryanair-Flugzeugs mit dem oppositionellen belarussischen Blogger Roman Protassewitsch an Bord in Minsk im Mai 2021, der anschließend zusammen mit seiner russischen Partnerin festgenommen wurde, bereits mehrere Sanktionsrunden verhängt (Einreiseverbote, Einfrieren von Aktiva), die besonders gegen für die Repressalien verantwortliche Vertreter des Regimes (einschließlich Machthaber Lukaschenko) gerichtet sind. Nun wurden Anfang Dezember 2021 nicht nur weitere hochrangige Funktionäre auf die existierende Sanktionsliste gesetzt, sondern zudem Unternehmen, die sich am systematischen Einfliegen von Migrant*innen beteiligt haben (wie etwa die Fluglinie Belavia Airlines, Touristikagenturen und Hotels). Diese Linie wurde bereits Mitte November in Telefongesprächen der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Alexander Lukaschenko und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron mit

Russlands Präsident Wladimir Putin kommuniziert. Auch die Maßnahmen, um Flüge aus der arabischen Welt nach Minsk zu verhindern bzw. Staaten (z. B. Irak) zu überzeugen, ihre Bürger zurückzuholen, zeigten zunehmend Erfolg. In der Folge sank der Druck auf die Grenze merklich. Im Dezember sprach der polnische Grenzschutz von 1.700 versuchten illegalen Grenzübertritten, während es im November noch 8.900 und im Oktober 17.500 gewesen waren. Allerdings werden polnische Grenzbeamte weiterhin teils physisch (z. B. mit geworfenen Gegenständen, Knallkörpern) angegriffen und verletzt. Gleichzeitig lief Anfang Dezember der maximal auf drei Monate befristete Ausnahmezustand aus. Er wurde auf Grundlage einer Gesetzesänderung zum Schutz der Grenze in ein zunächst bis zum 1. März 2022 geltendes Aufenthaltsverbot für alle nicht in diesem Gebiet ansässigen oder eine Geschäftstätigkeit betreibenden Personen im zuvor vom Ausnahmezustand erfassten Gebiet umgewandelt – sozusagen ein »Ausnahmezustand light«, mit dem sich die Regierung den verfassungsrechtlichen Begrenzungen auf längere Zeit zu entziehen sucht. Damit ist jetzt mit einer Genehmigung der Grenzpolizei »in begründeten Fällen« und »zu bestimmten Regeln« auch wieder ein begrenzter Zugang für die Medien vorgesehen, die nach einem Vorschlag von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von einem staatlichen Medienzentrum Gebrauch machen sollen. Im Gegensatz dazu hatte der von der Opposition kontrollierte Senat gefordert, Journalisten sowie Vertreter von humanitären, medizinischen und juristischen Hilfe anbietenden zivilgesellschaftlichen Organisationen vom Aufenthaltsverbot auszunehmen, war damit aber erfolglos geblieben.

Das Narrativ der Regierung

Die geschilderte Situation ist eine tragische Farce. Sie zeigt in erster Linie, wer die polnischen Nationalkonservativen sind bzw. sein wollen: Unbeugsame, zu Unrecht (so in der Frage der Rechtsstaatlichkeit) von der demokratischen Welt des Falschspiels bezichtigte, heldenhafte Verteidiger Europas gegen muslimische Horden, anno 1683 (Schlacht am Kahlenberg) ebenso wie im Jahre 2021. Mit Worten, Werten und notfalls auch mit Waffen, wie Regierungschef Morawiecki in einem an die Bewohner Europas gerichteten Video unterstrich: "I turn to you, because Europe, our common home is threatened. At this very moment, a hybrid war is taking place at the Polish-Belarusian border [...]. Today the target is Poland, but tomorrow it will be Germany, Belgium, France or Spain [...]. This is just the beginning. The dictators will not stop. I want to assure you, Poland will not yield to blackmail and will do everything to stop the evil threatening Europe. For centuries Poland has been guarding our common home, when invaders,

tyrants and later totalitarian dictatorships had to be confronted, we always stood in the front line." (siehe Dokumentation, S. 8).

Es überrascht nicht, dass die polnische Regierung nichts von einer koordinierten Zusammenarbeit mit Frontex, deren Sitz in Warschau (sic!) ist, hielt. Von der demokratischen Opposition und von Medienvertretern wiederholt vorgebrachte Forderungen, europäische Strukturen einzubeziehen, wurden brüsk abgelehnt, wie eine Äußerung des Europaabgeordneten und früheren Innenministers Joachim Brudziński (*PiS*) verdeutlicht: »Solche infantilen und einfach unklugen Urteile stärken nur die Handlungen von Lukaschenko und seinen Diensten. Sowohl Frontex als auch unsere Nachbarn, angeführt von Deutschland, betonen die Professionalität und Effektivität der polnischen Dienste. Die Aktionen der totalen Opposition und die Hysterie dummer Prominenter sind eine Tragödie«. Die Initiative der deutschen Bundeskanzlerin zur Lösung der Krise »über die Köpfe Polens hinweg« (Mateusz Morawiecki) nahm die *PiS* nicht mit Begeisterung auf. Das Einzige, woran die polnische Führung mit Bezug auf Europa gesteigertes Interesse zeigte, waren ergebene Solidaritätsadressen und eine Bestätigung der martialischen Rhetorik der polnischen Regierung durch Brüssel, Berlin oder Paris.

Das Narrativ des Kampfes des Guten gegen das Böse war allerdings aus einem symbolischen Grund durchaus heikel für die polnische Regierung, denn 2021 jährte sich die Einführung des Kriegsrechts unter General Wojciech Jaruzelski zum 40. Mal. Zur Untermauerung ihrer These konzentrierte sich die polnische Regierung daher zum einen darauf, wochenlang die belarussische Steuerung der Operation zu belegen. Mit Blick auf ein straff autoritär geführtes Land wie Belarus mit einem enormen Überwachungsapparat musste jedoch schlichtweg von vornherein davon ausgegangen werden. Sich den Praktiken der polnischen Regierung widersetzende Menschenrechtsinitiativen wie etwa die »Gruppe Grenze« (*Grupa Granica*) stellten klar, dass die belarussischen Behörden die Rolle einer »gut organisierten Schleuserorganisation« übernommen haben. Auch EU-Ratspräsident Charles Michel hatte bereits Anfang Juli 2021 entsprechende Vorwürfe geäußert. Dennoch sprach die *PiS* gebetsmühlenartig davon, bei der Aktion handele es sich um einen Racheakt für das standhafte Eintreten Polens für die demokratische Opposition in Belarus, insbesondere nach den letzten, mutmaßlich gefälschten Präsidentschaftswahlen dort im Jahre 2020. Mit Blick auf die seit Anfang 2021 in Polen laufende E-Mail-Affäre um den Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Michał Dworczyk, hinter der belarussische Sicherheitsdienste vermutet werden, schien diese Argumentation bis zu einem gewissen Punkt überzeugend. In der Realität nutzte die *PiS* ihre PR-Show aber dafür, um von einer Vielzahl von Probleme-

men (hohe Todesraten in der Corona-Pandemie, massive Inflation, Umsetzung einer kontroversen Steuerreform, Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit) und deutlich sinkenden Umfragewerten abzulenken.

Zum anderen bediente sich die Regierung erneut jener Techniken zur Entmenschlichung bzw. medialen Kriminalisierung von Migranten, die bereits aus den Vorjahren bekannt waren (als *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński im Herbst 2015 arabische Migranten pauschal als Überträger gefährlicher Krankheiten diffamierte oder in einem Wahlspot 2018 vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen durch Masseneinwanderung gewarnt wurde), von denen die *PiS* aber angesichts nachlassender Wirkung zunehmend Abstand genommen hatte. Auf einer vom regierungsnahen Fernsehsender TVP Info u. a. mit dem Titel »Er vergewaltigte eine Kuh, jetzt will er nach Polen eindringen? Details zu den Migranten an der Grenze« beworbenen Pressekonferenz zeigten Innenminister Mariusz Kamiński und sein für die Geheimdienste zuständiger Staatssekretär Maciej Wąsik im September 2021 u. a. angeblich auf Telefonen von gefassten Migranten sichergestellte Bilder, die deren pädophil- und zoophile Neigungen belegen sollten. Es wurde der Versuch unternommen, Abscheu und eine Wagenburg-Mentalität zu erzeugen, in der jedes Mitgefühl für die »Angreifer« zu unterdrücken und die Kriminalisierung jeglicher Hilfe gerechtfertigt sei. Die polnische Regierung hat sich ganz bewusst auf das perfide Spiel jenes skrupellosen Diktators eingelassen, den sie angeblich so standhaft bekämpft.

Weder wirksam die Grenze gesichert noch das Menschenrecht gewahrt

Ein Blick auf die Effektivität der Maßnahmen hinterlässt den Eindruck eines Pyrrhussieges. Die Zahl derjenigen Personen, denen die Weiterreise nach Deutschland gelungen ist, wurde von der deutschen Polizei für den Zeitraum von August bis November 2021 mit circa 10.000 Personen angegeben. Angesichts der Tatsache, dass der polnische Geheimdienstkoordinator Stanisław Żaryn im November öffentlich von bis zu 15.000 sich in Belarus aufhaltenden Migranten sprach und die Grenzpolizei für das gesamte Jahr 2021 40.000 Versuche eines illegalen Grenzübertritts verzeichnete (unter ihnen garantiert mehrere Versuche pro Kopf), ist größte Skepsis angebracht, dass die polnischen Sicherheitskräfte tatsächlich das Gros der Migranten auf der anderen Seite der Grenze halten konnten – ein ganz erheblicher Teil von ihnen muss sich trotz ihres unerbittlichen Vorgehens nach Westen durchgeschlagen haben, wie auch die »Konferenz der Botschafter der Republik Polen« (*Konferencja Ambasadorów RP*) in einer Stellungnahme festhielt (siehe Dokumentation S. 8f.). Für die effektive Sicherung einer 400 km langen Grenze wäre mit Sicherheit ein Mehrfaches der zwischenzeitlich dort stationierten

15.000 Angehörigen von Grenzpolizei und Militär vonnöten gewesen. Ob der inzwischen geplante Bau einer festen Grenzanlage mit bis zu sechs Meter hohen Zäunen eine entsprechende Wirkung entfalten kann, wird sich erst in geraumer Zeit zeigen. Allerdings erfolgt er ohne jegliche Rücksicht auf die verheerenden ökologischen Auswirkungen auf ein Gebiet, das zu Teilen unter dem Schutz des Programms NATURA 2000 steht und ein Touristenmagnet ist – hier wird sowohl erneut europäisches Recht gebrochen als auch eine ohnehin schwach entwickelte Region ökonomisch ins Mark getroffen. Auch sollte nicht übersehen werden, dass es bei 10.000 nach Deutschland gelangten Personen (im Gegensatz zur diffamierten humanitären Hilfe) zu einem Anheizen »echter« Schleuserkriminalität gekommen sein muss.

Zudem wird von einem Traumatisierungseffekt unter den beteiligten Grenzpolizisten und Soldaten gesprochen, die in keiner Weise auf eine psychisch so belastende Situation und ethische Zwangslage durch Pushbacks vorbereitet waren und u. a. mit enormem Alkoholmissbrauch und Krankschreibungen reagierten, worauf beispielsweise die Wissenschaftler Przemysław Sadura und Sylwia Urbańska im Rahmen einer Untersuchung hingewiesen haben: »Er hört es immer noch. Das Heulen einer Frau, die von Grenzpolizisten mit Handschellen gefesselt wurde. Die verängstigten Kinder flohen in den dunklen Wald. Die Mutter wollte ihnen hinterherlaufen, wollte sie zurückhalten. Aber sie wurde festgehalten. Sie schrie vor Verzweiflung. Wissen wir, wie so ein Schrei klingt? [...] Er hingegen muss sich nichts mehr vorstellen. Er kann es nicht vergessen. Nein, er war nicht derjenige, der sie festgehalten hat. Er ist Soldat. Er hatte nur die Grenzpolizei zu alarmieren. Diese Aufgabe hat er ausgeführt« (siehe Lesetipp am Ende des Textes).

Aus verschiedenen Artikeln und Stimmen vor Ort, die trotz der verfügten Informationssperre die öffentliche Meinung erreichten, spricht zudem das der polnischen Bevölkerung nur allzu gut bekannte Bild eines organisatorischen Chaos, sowohl hinsichtlich der Versorgung »ihrer Jungs« als auch in der Abstimmung zwischen den einzelnen staatlichen Organen (Grenzpolizei, Militär, Ministerien und der lokalen Selbstverwaltung). Private Sammelaktionen für die Armee, in denen unter dem Hashtag »Alle stehen hinter der polnischen Armee« (*#MuremZaPolskimMundurem*) zum Spenden von Schokoriegeln, Energydrinks, aber auch Brennholz und den Wetterbedingungen angepasster Kleidung aufgerufen wurde, verstärkten diesen Eindruck. Lukaschenko und Putin konnten sich also in aller Ruhe ein Bild davon machen, mit wem sie es im Falle einer echten hybriden Auseinandersetzung (nicht) zu tun bekommen würden.

Aus humanitärer und rechtsstaatlicher Sicht ist das Geschehen an der Grenze ohne jeden Zweifel ein Desaster. Es führte zu einer weiteren Brutalisierung der pol-

nischen Politik und könnte pro-europäische Akteure langfristig schwächen. Zwar ist die Anzahl der direkten Todesopfer im Vergleich zum Geschehen im Mittelmeer deutlich geringer – ausgegangen wird von mehreren Dutzend Menschen, die bisher erfroren, sich durch gesammelte Pilzen Vergiftungen zuzogen oder aus Erschöpfung bzw. einem Mangel an medizinischer Versorgung starben, wobei Zahlen zum belarussischen Grenzgebiet nicht überprüft werden können. Jedoch ist das Ausmaß der Gewalt, das von beiden Seiten gegen die eingeschlossenen Migranten ausgeübt wurde, in keiner Weise zu rechtfertigen. Familien mit kleinen Kindern wurden getrennt, Menschen geschlagen oder zu ungewollten Handlungen genötigt, ihrer Habseligkeiten beraubt, enormen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt oder aufs schwerste traumatisiert. Diese schrecklichen Tatsachen wollte die polnische Regierung mit ihren einen heroischen Kampf simulierenden Propagandaufnahmen vom öffentlichen Bewusstsein fernhalten.

Allerdings ist ihr das nur bis zu einem gewissen Grad gelungen. Ein breites Spektrum von Medien forderte Zugang zur Grenzzone, zudem wurden Medienvertreter von Personen vor Ort »unter der Hand« mit Material versorgt. Dank seit Jahren in Protesten vielfältigen Charakters erprobter Netzwerke sowie einer trotz der fehlenden offiziellen polnischen Integrationspolitik bestehenden beachtlichen Infrastruktur an Organisationen, die Flüchtlingen und Migranten professionelle Hilfe bieten oder zur Selbstorganisation anregen, entstanden bereits im Sommer neue Initiativen zur humanitären Soforthilfe (z. B. die bereits erwähnte »Gruppe Grenze« oder »Mediziner an der Grenze« (*Medycy na Granicy*)). Auch erfahrene NGOs wie der »Verein für juristische Intervention« (*Stowarzyszenie Interwencji Prawnej*) nutzten ihre Strukturen zu diesem Ziel. Von privater Hand wurden Sammlungen über das Internet organisiert und durch im Land bekannte Personen und Politiker des linken und liberalen Spektrums prominent unterstützt. Die gesammelten Sachspenden (Essen, Decken, Powerbanks, medizinische Ausrüstung usw.) wurden dann von Einzelpersonen in die Wälder an der Grenze transportiert. Im Rahmen der Aktion »Grünes Licht« (*Zielone Światło*) brachten Einwohner der Grenzzone grüne Lichter an ihren Häusern an, um Migranten ihre Bereitschaft zu humanitärer Hilfe zu signalisieren.

Institutionen wie das Polnische Rote Kreuz beteiligten sich ebenfalls an materiellen Hilfsaktionen, auch wenn sich viele mehr Engagement und ein entschiedeneres Zeichen für Menschlichkeit gewünscht hätten, wie die zeitweise Besetzung des Sitzes der Organisation in Warschau durch Aktivisten zeigte. Die katholische Kirche, deren Führung seit Jahren in der Migrationsfrage eher dem in anderen Bereichen stark kritisierten Papst Franziskus statt der Linie des Staates folgt, richtete über eine öffentliche Erklärung des Rats der Kon-

ferenz des polnischen Episkopats zu Migration, Tourismus und Pilgern folgende Mahnung an Regierende und Bevölkerung: »Unsere Vorfahren waren in der Zeit der polnischen Teilungen, im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren des Kommunismus Emigranten und Flüchtlinge. Sie erfuhren Hilfe von Menschen anderer Kulturen und Religionen. Neuankömmlingen Grundrechte abzusprechen, bedeutet, sich von der eigenen Geschichte abzuwenden und im Widerspruch zu unserem christlichen Erbe zu stehen« (siehe Dokumentation Seite 11). Der Primas von Polen, Erzbischof Wojciech Polak, setzte sich im Oktober gegenüber Innenminister Mariusz Kamiński dafür ein, zumindest die Gruppe »Mediziner an der Grenze« für humanitäre Aktionen ins Grenzgebiet zu lassen. Diese Bitte wurde erwartungsgemäß zurückgewiesen. Darüber hinausgehende Aktionen wären in der von der Regierung geschaffenen Lage auf zivilen Ungehorsam hinausgelaufen, was dem Charakter dieser Institutionen zuwiderläuft. In der Summe ist somit Hunderten, vermutlich aber Tausenden von Menschen in einer extremen Notsituation zumindest kurzfristig lebenswichtige Unterstützung zuteil geworden.

Allerdings waren nicht nur Migranten von Gewalt betroffen, sondern es wurden auch diejenigen behindert und Schikanen ausgesetzt, die über sie berichten oder ihnen unmittelbar helfen wollten. Teilweise aus eigenem Erleben schilderte mir dies in einem Telefongespräch Piotr Bystrianin, Chef der ebenfalls an Hilfsaktionen beteiligten »Stiftung Rettung« (*Fundacja Ocalenie*): »Noch im August durften sich Mediziner in Usnary Górnym nicht der dort festgehaltenen Gruppe von Flüchtlingen nähern, Grenzschutzbeamte erschwerten uns durch Tonsignale den Kontakt mit ihnen und schränkten unsere Sicht auf sie durch ihre Fahrzeuge ein. Während der Zeit des Ausnahmezustands waren solche und andere rechtswidrige Maßnahmen bereits an der Tagesordnung. Uniformierte bewegen sich ohne Kennzeichnung, tragen Sturmhauben und Langwaffen, die Nummernschilder ihrer Fahrzeuge sind verdeckt, was uns daran hindert, sie zu identifizieren und illegale Aktivitäten nachzuweisen. Es gibt regelmäßige Festnahmen von Aktivisten, auch außerhalb der verbotenen Zone (bis vor kurzem Zone des Ausnahmezustands), die ohne Angabe von Gründen und rechtlichen Grundlagen (die ohnehin als geheim eingestuft sind) erfolgen, wobei sie unter demonstrativ entscherten Waffen festgehalten und ihre Telefone und medizinische Ausrüstung beschlagnahmt werden. Letzteres konnte zwar später wiedererlangt werden, aber stellen Sie sich den Einschüchterungseffekt vor.« Aber noch etwas anderes beunruhigt ihn: »Die Spendenbereitschaft ist tatsächlich stärker als vor der Krise. Aber große Demonstrationen, die das offensichtliche Unrecht und das rechtlose Vorgehen der polnischen Sicherheitskräfte so anprangern würden, wie

das bei anderen innenpolitischen Themen der Fall war, sind ausgeblieben. Empört es die Menschen etwa nicht, dass drei Stunden Autofahrt von Warschau entfernt Kinder in polnischen Wäldern erfrieren?« Vorsichtig positiv kann aufgenommen werden, dass sich die Stimmung im Lande – entgegen der zu Beginn des Herbstes 2021 in Umfragen feststellbaren Unterstützung für die staatlichen Maßnahmen zur Grenzsicherung (einschließlich der Pushbacks) und auch angesichts einer fortgesetzten negativen Einstellung zur Erteilung von internationalem Schutz in Polen (nur 33 % sind dafür) – zumindest hinsichtlich der Wiederherstellung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards zu drehen scheint. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* sprachen sich große Mehrheiten dafür aus, humanitären Organisationen (74 %) und den Medien (71 %) Zugang zur Grenze zu gewähren (siehe auch die Umfragen auf S. 14ff.).

Ohne ihren Wertekompass hat sich die EU in einer Zwangslage überrumpeln lassen

Natürlich befanden sich die europäischen Partner und die EU als Ganzes in keiner einfachen Situation. Aber der Verantwortung für Fehleinschätzungen und deren Auswirkungen werden sie sich stellen müssen. Äußerungen wie die der für Werte und Transparenz zuständigen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, dass sie »den polnischen Behörden vertraut, dass sie alles tun, um die Ordnung wiederherzustellen«, kosten Glaubwürdigkeit, weil sie der auch von Jourová selbst geübten Kritik an der Politisierung der Justiz und der versuchten Beschneidung der Medienfreiheit in Polen die Spitze nehmen. Das Verhalten der EU-Kommission, vor allem aber ihre Vorschläge zu befristeten rechtlichen und praktischen Maßnahmen zur Bewältigung der Notlage an der EU-Außengrenze zu Belarus, hinterlässt bei etlichen in der Flüchtlingshilfe Engagierten hinsichtlich der polnischen Praktiken an der Grenze Konsternation: »Der Vorschlag der Europäischen Kommission wird uns nicht helfen, sondern unser Handeln torpedieren. Was an der Grenze am dringendsten benötigt wird, um die humanitäre Krise abzuwenden, ist die Beachtung der Gesetze. Unseres Erachtens führt dieses Projekt Lösungen ein, die den Zustand der

Gesetzlosigkeit und die Verletzung der Menschenrechte noch verschlimmern werden. Es legalisiert die von der polnischen Regierung angewandten Ausweichmanöver. [...] Die in diesen Bestimmungen enthaltenen Verfahrensgarantien sind unserer Meinung nach fiktiv und werden in der Praxis keine Anwendung finden«, heißt es in einem offenen Brief (siehe Dokumentation Seite 9ff.).

Die Sanktionen gegenüber Belarus kamen nicht etwa zu spät, sondern zum völlig falschen Zeitpunkt. Damit hätte die EU ins Geschehen einsteigen müssen, statt es auf verlorenem Posten vorläufig zu beenden. Das Fehlen einer klaren Linie im Bereich der Werte ist eine Einladung zu weiteren Destabilisierungsversuchen. Dabei hätte es durchaus Alternativen gegeben: Zu einem Stichtag im zeitigen Herbst 2021 – die Lage war spätestens seit Juli klar – hätte ein großes Kontingent an Migranten aus Belarus abgenommen werden können, denen in ihren Zielländern (also nicht den betroffenen Ländern der EU-Außengrenze) ein Asylverfahren ermöglicht wird. Höchstwahrscheinlich hätte ein nicht unbedeutender Teil von ihnen keinen Anspruch auf Asyl gehabt und wäre später zurückgeschickt worden. Gleichzeitig wäre die Grenze mit Verweis auf Lukaschenkos absolut inakzeptables Vorgehen und die geopolitische Herausforderung sofort komplett zu schließen und auch der Handelsverkehr massiv einzuschränken – mit einer Grenzöffnung erst dann, wenn das Regime in Minsk glaubhaft macht, dass es das Prozedere eingestellt hat und sich an den Kosten für die Rückführung beteiligt. So hätte die EU Lukaschenko gegenüber echte Härte zeigen (statt Migranten unhaltbaren Risiken auszusetzen) und gleichzeitig ein praktisches Beispiel für Rechtsstaatlichkeit in Polen setzen können, ohne es zuzulassen, dass auch EU-Bürger massiv in ihren Rechten beschnitten werden. Das Einzige, was die Europäische Union mit ihrem Schlingerkurs tatsächlich erreicht hat, ist, *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński bei der weiteren Polarisierung innerhalb Polens zu unterstützen und einen wichtigen Teil jener gesellschaftlichen Schichten, der im Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit auf der Seite der EU steht, ohne Grund vor den Kopf zu stoßen. Zudem hat sie unmissverständlich deutlich gemacht, dass brutalste Unmenschlichkeit in Europa politisch zumutbar ist.

Über den Autor

Gert Röhrborn, Politologe, lebt als freiberuflicher Autor, Trainer und Übersetzer in Warschau und Belgrad. Er war in den vergangenen fünfzehn Jahren bei der Durchführung großer europäischer Projekte u. a. an der TU Dresden, als Büroleiter des Berliner Netzwerks *Citizens of Europe* und bei der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung (*Polska Fundacja im. Roberta Schumana*) in Warschau tätig. In den Jahren 2014 bis 2021 leitete er das Programm für »Demokratie und Menschenrechte« im Warschauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Lesetipp

Sadura, Przemysław: Migrationskrise als Strategie zur Machtergreifung. Der Fall Polen <https://www.boell.de/de/2021/11/12/migrationskrise-als-strategie-zur-machtergreifung-der-fall-polen> (abgerufen am 21.01.2022).

Hinweis auf eine Videobotschaft von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki äußert sich in einer englischsprachigen Videobotschaft über die Bedeutung der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze für Polen und Europa:

Poland. We Defend Europe. Veröffentlichung am 21. November 2021

<https://www.youtube.com/watch?v=0CPW9wRNtVI> (abgerufen am 21.01.2022).

Die Konferenz der Botschafter der Republik Polen: Mut und Empathie

Zum Bericht der »Gruppe Grenze« (*Grupa Granica*): »Die humanitäre Krise an der polnisch-belarussischen Grenze«
Warschau, 3. Dezember 2021

An der polnisch-belarussischen Grenze spielt sich eine Tragödie ab. Die Lektüre des Berichtes der »Gruppe Grenze«: *Die humanitäre Krise an der polnisch-belarussischen Grenze* (veröffentlicht am 1. Dezember 2021) ist erschütternd. Das Dokument ist eine faktographische Aufzeichnung des Leidens, das Menschen erlitten haben und das ihnen vor allem vonseiten des Lukaschenko-Regimes zugefügt wurde, aber leider auch manchmal vonseiten der polnischen uniformierten Dienste. Es ist ein Zeugnis der Hilfe, die den hungrigen und durchfrorenen Opfern der Politik von Menschen mit einem großen Herzen zuteilwurde. Die Autoren des Berichtes wollen soweit wie möglich gegenüber den politischen Streitigkeiten neutral bleiben. Sie wollen ganz einfach die humanitäre Katastrophe an unserer östlichen Grenze aufhalten und erwarten die Wiederherstellung internationaler Verfahren, die demokratischen Staaten angemessen sind. Dies sind Absichten, die höchste Anerkennung verdienen.

[Die Regierungspartei, d.Übers.] Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) ruft dazu auf, dass »Empathie nicht unsere Entschlossenheit untergräbt«. Wessen Entschlossenheit und Entschlossenheit wozu? Mit Sicherheit die Entschlossenheit, die Macht aufrechtzuerhalten. Drei Monate lang hat die *PiS* behauptet, dass sie die Lage an der Grenze allein bewältigen wird. Sie hat dies in einer Weise gemacht, die charakteristisch für diese Formation ist: Missachtung des internationalen Flüchtlingsrechtes und der entsprechenden Regelungen der Europäischen Union. Indem sie bei den Polen Schrecken vor den Flüchtlingen verbreiten, wollten die Machthaber beweisen, dass Hochmut und Entschiedenheit uns Sicherheit garantieren. Das dient dazu, die Aufmerksamkeit von der Hilflosigkeit der Regierung angesichts der [Corona-, d.Übers.]Pandemie und der außer Kontrolle geratenen Inflation abzulenken. Der Bericht enthält Beweise für rechtswidriges Handeln der Machthaber und Gewaltmissbrauch durch die uniformierten Dienste im Grenzgebiet in einer Weise, die charakteristisch ist für die Ordnungsdienste autoritärer Staaten.

Die Destabilisierung Polens unter Zuhilfenahme von Migranten ist eine Destabilisierung der Europäischen Union. Dies ist das Ziel Lukaschenkos und Putins. Dies wollte die polnische Regierung nicht zur Kenntnis nehmen, weshalb sie die Zusammenarbeit mit den spezialisierten Institutionen der Europäischen Union ablehnte. Die Entschlossenheit des Lukaschenko-Regimes verschärfte die Situation an der Grenze derart, dass Berlin, Paris und Brüssel zum Handeln gezwungen waren. Telefongespräche von Bundeskanzlerin Merkel mit Lukaschenko sowie Präsident Macron mit Präsident Putin und die Androhung von Sanktionen der Europäischen Union gegenüber den Fluglinien, die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Minsk bringen, zeitigten sofortige Wirkung. Erst dann begann die polnische Regierung, Schritte in Richtung Internationalisierung der Situation an der polnischen Grenze zu unternehmen.

Die Grenzen des Staates müssen geschützt werden, aber das lässt sich in Übereinstimmung mit den internationalen rechtlichen Anforderungen machen, insbesondere bei Achtung des Lebens und der Würde der Migranten. Die Verantwortlichen der *PiS* dagegen nutzen die Situation aus, um zynisch die Angst vor den »Fremden« zu wecken. Niederträchtig ist es, den Bürgern einzureden, dass der Patriotismus rücksichtslose Grausamkeit gegenüber diesen verzweifelten Menschen fordert. Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichtes zeugten die auf polnischem Gebiet gefundenen Leichname von Flüchtlingen von der dort stattfindenden Tragödie. Jetzt haben wir die Erzählungen von Zeugen, die in den Bericht aufgenommen wurden. Sie zeigen, dass die Willkür der Machthaber wächst und immer bedrohlicher wird.

Die »Gruppe Grenze« fordert in ihrem Bericht die »Wiederherstellung der rechtlich vorgesehenen Verfahren zur Identifikation von Personen, die die Grenze überqueren.« Jeder Ausländer, der sich legal oder illegal auf polnischem Territorium befindet, hat das Recht, internationalen Schutz zu beantragen.

Dass das gewaltsame Aufhalten der Migranten durch die polnischen Machthaber unwirksam war, zeigt sich daran, dass zirka 10.000 von ihnen in den letzten Monaten illegal aus Belarus über Polen nach Deutschland gelangten. Die Autoren des Berichtes fordern die sofortige Zulassung von humanitärer Hilfe dort, wo sie unerlässlich ist – im Grenzstreifen, sowie die Rückkehr zu einem Handeln in Übereinstimmung mit den internationalen Standards demokratischer Staaten in Polen.

Die »Konferenz der Botschafter« unterstützt diesen Appell mit Nachdruck. Wir rufen insbesondere die demokratische Opposition zu eindeutigem Widerspruch gegen die von der *PiS* für politische Zwecke herbeigeführte Verschärfung der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze auf. Gleichzeitig ist die Ausarbeitung eines langfristigen Planes zur Integration von Migranten unerlässlich. Die Emigranten sind bereits unter uns, es werden immer mehr werden und sie werden in Polen gebraucht.

Die »Konferenz der Botschafter der Republik Polen« spricht ihre große Anerkennung und ihren tiefen Respekt denen aus, die den Migranten an der Grenze zu Belarus Hilfe erteilten und erteilen. Wir danken den Aktivistinnen und Aktivisten der Nichtregierungsorganisationen, die im Rahmen der »Gruppe Grenze« mitwirken, den Bürgern, die im Grenzgebiet wohnen, den Menschen guten Willens, die verängstigte, verirrt und sich häufig in kritischem Zustand befindende Flüchtlinge retten. Sie tun dies trotz der von den Regierungsmedien aufgebauten Antimigrationspsychose und trotz Einschüchterung der Helfer. Wir danken Euch für die Rettung des guten Rufes der Polinnen und Polen.

Eure Empathie und euer Mut verdienen Bewunderung.

Unterschrift:

Die Konferenz der Botschafter der Republik Polen

Die »Konferenz der Botschafter der Republik Polen« ist eine Gruppe ehemaliger diplomatischer Vertreter der Republik Polen. Ihr Ziel ist es, die Außenpolitik zu analysieren, auf Gefahren für Polen hinzuweisen und Empfehlungen zu entwickeln. Wir wollen die breite öffentliche Meinung erreichen. Uns verbindet die gemeinsame Arbeit und Erfahrung in der Gestaltung der Position Polens als moderner Staat Europas und bedeutendes Mitglied der Transatlantischen Gemeinschaft. Wir sind überzeugt, dass die Außenpolitik die Interessen Polens repräsentieren sollte und nicht die der regierenden Partei.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://ambasadorowiedotorg.wordpress.com/>

Brief der 63 aus dem Grenzgebiet an die Europäische Kommission

Polnisch-belarussisches Grenzgebiet, 3. Dezember 2021

[An die Präsidentin der Europäischen Kommission, d.Übers.] Ursula von der Leyen

Am 1. Dezember dieses Jahres hat die Europäische Kommission einen Entwurf zu Änderungen der Migrations- und Asylvorschriften für Polen, Litauen und Lettland vorgelegt. Wir, Aktivistinnen und Aktivisten der »Gruppe Grenze« (*Grupa Granica*) sowie Einwohnerinnen und Einwohner des polnisch-belarussischen Grenzgebietes, haben diesen Entwurf mit Erstaunen aufgenommen.

Wir haben von der Europäischen Kommission erwartet, dass sie dazu beitragen wird, das Problem der humanitären Katastrophe an der polnisch-belarussischen Grenze zu lösen. Wir ringen mit der Katastrophe seit mehr als drei Monaten, ohne institutionelle Hilfe. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Entwurf wird uns nicht helfen, sondern unsere Aktivitäten torpedieren.

Um die humanitäre Krise abzuwenden, ist es das Wichtigste, an der Grenze das Recht einzuhalten. Unserer Bewertung nach sieht der Entwurf Lösungen vor, die den Zustand der Rechtlosigkeit und der Verletzung der Menschenrechte verstärken werden, denn er legalisiert auf verlogene Weise die von der polnischen Regierung angewandten Praktiken.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind uneindeutig und geben den Regierungen die Möglichkeit, Maßnahmen anzuwenden, die gegen das Recht verstoßen. Die polnische Regierung hat vielfach bewiesen, dass sie in beliebiger Art und Weise beliebige Vorschriften verabschieden kann, mit dem Ziel, ihre Tätigkeiten zu rechtfertigen. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Vorschriften senken die ohnehin niedrigen Standards des garantierten Schutzes für Personen, die sich um internationalen Schutz bemühen.

Die in den Vorschriften festgelegten Verfahrensgarantien sind unserer Überzeugung nach fiktiv und werden in der Praxis nicht zur Anwendung kommen. Beispielsweise beobachten wir bereits seit August dieses Jahres, dass das Recht auf Zugang zu Rechtsbeistand von den polnischen Behörden missachtet und der Kontakt der Migranten und Migrantinnen zu Anwälten und sogar zu gesetzlich vorgeschriebenen Bevollmächtigten erschwert wird.

Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Schicksal der Migranten und Migrantinnen zurzeit in den Händen der Beamten des Grenzschutzes liegt, die sie dazu verurteilen, unter lebensbedrohlichen Umständen in den Wäldern umherzuirren, da ihre Anträge auf internationalen Schutz rechtswidrig ignoriert werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission gibt auf dieses Problem keine Antwort, sondern verschlimmert es noch.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Vorschriften erlauben es, die Verfahren an der Grenze auf vier Monate zu verlängern, womit auch die Festsetzung in bewachten Zentren für Ausländer verbunden ist. In Polen sind diese Zentren überfüllt und die in ihnen herrschenden Bedingungen lassen die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der dort festgehaltenen Frauen, Männer und Kinder nicht zu.

Unseren absoluten Widerspruch rufen die Vorschriften hervor, die die Anwendung der Rückführungsrichtlinie gegenüber den Personen kassieren, denen ein Beamter des Grenzschutzes das Recht auf Antragstellung verweigert hat, sowie gegenüber den Personen, die im Grenzverfahren einen negativen Bescheid erhalten haben. Das bedeutet, dass diese Personen unverzüglich nach Belarus abgeschoben werden können. Wir sehen darin einen Versuch, die Praxis der Pushbacks zu legalisieren.

Wir sind bestürzt über die Tatsache, dass ein Entwurf, der gegen Menschenrechte verstößt, von Institutionen der Europäischen Union unterstützt wird. Er verletzt die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir meinen, dass dies der Organe unwürdig ist, die ihre Verbundenheit mit der Einhaltung der Menschenrechte kundtun. Wir erinnern daran, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Verfahren gegen Polen sowie Litauen vielfach darauf hingewiesen hat, dass Belarus nicht als sicheres Drittland anerkannt werden kann, in das Bürger anderer Staaten, die internationalen Schutz beanspruchen, zurückgeschickt werden können. Die Europäische Kommission kann diese Tatsache nicht ignorieren.

Wir wollen auch unterstreichen, dass wir es an den östlichen Grenzen der Europäischen Union nicht mit einem Zufluss großer Gruppen von internationalen Schutz Suchenden zu tun haben. Insgesamt waren es in den letzten Monaten einige Tausend. Es gibt daher keinen Grund, irgendwelche Ausnahmeverkehrungen einzusetzen, doch der am 2. September eingeführte Ausnahmezustand, der rechtswidrig am 1. Dezember verlängert wurde, beschränkt dramatisch das Recht von Hunderttausenden Einwohnern der Grenzgebiete und bedroht das soziale und wirtschaftliche Leben.

Wir rufen die Europäische Kommission und den Europäischen Rat auf, die weiteren Arbeiten an dem oben genannten Entwurf einzustellen. Wir laden ein, an die polnisch-belarussische Grenze zu kommen, damit sich die Hohe Kommission ein realistisches und wahrhaftiges Urteil über die dort herrschende Situation bilden kann. Wir werden mit erfahrener Führung dienen.

Die »Gruppe Grenze« – Aktivistinnen und Aktivisten, Einwohnerinnen und Einwohner des polnisch-belarussischen Grenzgebietes

Anna Alboth (Aktivistin *Grupa Granica*), Anna Blumsztajn (Aktivistin *Grupa Granica*), Alicja Borkowska (*Strefa WolnoSłowa*), Paulina Bownik (Aktivistin *Grupa Granica*), Aleksandra Chrzanowska (*Stowarzyszenie Interwencji Prawnej*), Grażyna Chyra (Białowieża), Katarzyna Czarnota (*Helsińska Fundacja Praw Człowieka*), Katarzyna Czczot (Białowieża), Anna Dąbrowska (*Homo Faber*), Maciej Diduszko (Aktivist *Grupa Granica*), Wiesława Drejer-Przekop (Augustów), Jadwiga Dróżycka (Aktivistin), Małgorzata Dworak (Augustów), Michał Dyjuk (Augustów), Natalia Gebert (*Dom Otwarty*), Ewelina Głowacka (Nowe Masiewo), Marta Górczyńska (*Helsińska Fundacja Praw Człowieka*), Joanna Jacel (Siemianówka), Marek Jacel (Siemianówka), Mateusz Janicki (*Salam Lab Hajnówka*), Magda Kalinowska-Salah (Augustów), Witold Klaus (*Stowarzyszenie Interwencji Prawnej*), Joanna Koniarska (Hajnówka), Danuta Kuroń (Aktivistin *Grupa Granica*), Iwo Łoś (Aktivistin *Grupa Granica*), Aurora Lubos (*Homo Faber*), Agata Majos (Aktivistin *Grupa Granica*), Maciek Mandelt (*Stowarzyszenie Nomada*), Monika Matus (Aktivistin *Grupa Granica*), Mirosław Miniszewski (Krynki), Bożenna Morawska (Augustów), Anna Moroz (Hajnówka), Ewa Moroz-Keczyńska (Nowe Berezowo), Robert Muczyński (Augustów), Berenika Orłowska-Sobocińska (Okliny-Wizajny), Izabela Orłów (*Fun-*

dacja dla Wolności), Maja Ostaszewska (Aktivistin *Grupa Granica*), Elżbieta Podleśna (Aktivistin *Grupa Granica*), Michał Pospiszyl (Białowieża), Krzysztof Przekop (Augustów), Zbigniew Sienkiewicz (Olecko), Maria Przyszychowska (Werstok), Magdalena Rózcicka (*Fundacja Ocalenie*), Martyna Sarbak (Ruciucie), Jan Sieczkowski (Augustów), Beata Siemaszko (Siemiatycze), Piotr Skrzypczak (*Homo Faber*), Anita Sokołowska (Siemiatycze), Jakub Sosiński (Ruciucie), Nadzieja Surowiec (Aktivistin), Kamil Syller (Werstok), Łukasz Synowiecki (Nowe Masiewo), Aleksandra Szalwa (Stare Masiewo), Małgorzata Tokarska (Białowieża), Zofia Trzcińska (Hajnówka), Katarzyna Wappa (Hajnówka), Katarzyna Weremczuk (Dubiny), Agata Wilczek (Aktivistin *Grupa Granica*), Karol Wilczyński (*Salam Lab*), Katarzyna Winiarska (Teremiski), Paweł Winiarski (Teremiski), Zosia Włodarczyk (Aktivistin *Grupa Granica*), Anna Zamecka (Białowieża)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.otwarta.org/list-szeszcziesieciu-trzech-z-granicy-do-komisji-europejskiej/> (abgerufen am 21.01.2022).

Konferenz des Episkopats: Erklärung des Migrations-, Tourismus- und Pilgerrates zu in Polen eintreffenden Geflüchteten

[...] Im Bewusstsein der Katholiken muss die Lehre zum Vorschein kommen, welche seit der Entstehung der Kirche Bestand hat, dass die Aufgabe eines Christen ist, Christus in seiner Ankunft zu erkennen und aufzunehmen. Entfachen wir in uns die Vorstellung von Barmherzigkeit, die es uns erlaubt, denen zu helfen, die Hilfe benötigen, während wir so die Aufgabe des barmherzigen Samariters annehmen. Wir bitten die Menschen guten Willens – unabhängig von ihrer Religion – um Solidarität mit Kriegsflüchtlingen, Verfolgten oder Notleidenden, die zu uns kommen. Wir appellieren an alle, während wir die Worte von Papst Franziskus wiederholen: Es geht nicht nur um die Migranten. Es geht um unsere Menschlichkeit (Botschaft zum Welttag des Migranten und Flüchtlings, 2019).

4. In einer angespannten Situation ruht eine besondere Verantwortung auf Politikern und Medien. Wir bitten die Vertreter aller politischen Kräfte darum, dass sie gemeinsam Lösungen für die komplizierten Migrationsprobleme suchen und sich vor allem an die Haltung von Gastfreundschaft, Respekt vor den Ankömmlingen und Gemeinwohl aller Polen halten. Die verständliche Sorge um die eigenen Bürger kann keine ausreichend zu begründende Voraussetzung dafür sein, dass Grenzen für Schutzsuchende geschlossen werden. [...]

Unsere Vorfahren waren in der Zeit der polnischen Teilungen, im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren des Kommunismus Emigranten und Flüchtlinge. Sie erfuhren Hilfe von Menschen anderer Kulturen und Religionen. Neuankommelingen Grundrechte abzuspochen, bedeutet, sich von der eigenen Geschichte abzuwenden und im Widerspruch zu unserem christlichen Erbe zu stehen.

Warschau, 22. August 2021

Der Rat der Konferenz des polnischen Episkopats zu Migration, Tourismus und Pilgern
Bischof Krzysztof Zadarko, Vorsitzender

Quelle: *Komunikat Rady Konferencji Episkopatu Polski ds. Migracji, Turystyki i Pielgrzymek ws. uchodźców docierających do Polski [Erklärung des Rates der Konferenz des polnischen Episkopats zu Migration, Tourismus und Pilgern in der Sache nach Polen eintreffender Geflüchteter]*. In: *ekai.pl*, <https://www.ekai.pl/dokumenty/komunikat-rady-konferencji-episkopatu-polski-ds-migracji-turystyki-i-pielgrzymek-ws-uchodzcow-docierajacych-do-polski/> (abgerufen am 21.01.2022).

Übersetzung aus dem Polnischen: David Swierzy

Interview mit Präsident Andrzej Duda in Kuźnica, einem Ort an der Grenze zu Belarus

8. Dezember 2021

Herr Präsident, das ist bereits ein weiterer Besuch bei den polnischen Soldaten. Ein weiteres Mal hören sie von Ihnen Worte der Unterstützung. Wie sieht der Alltag der Soldaten hier aus? Was haben sie in den ersten Minuten des Treffens mit Ihnen gesagt?

Wir sind in Kuźnica, direkt am Grenzübergang, der momentan vorübergehend geschlossen ist; es besteht hier keine Möglichkeit, die polnische Grenze zu überqueren und sich nach Belarus zu begeben und umgekehrt. Das ist zurzeit der Standort der polnischen Soldaten, wo auch unsere Verbündeten sind, d. h. Soldaten aus Großbritannien, die kamen, um Unterstützung zu leisten, und Soldaten aus Estland. Wir freuen uns sehr, dass dieses sichtbare Zeichen der Bündnispräsenz und -unterstützung, der Bündnissolidarität im Rahmen der NATO von ihnen hier gesetzt wird. Wir sind dafür sehr dankbar.

Aber vor allem kam ich mit meiner Ehefrau für Treffen mit den Beamten, Soldaten, Angestellten des Zolls, des Grenzschutzes hierher – das sind ja Beamte und Angestellte. Und natürlich mit den Beamten der Polizei, der Feuerwehr und unseren Soldaten, die hier präsent sind, sowohl von den operativen Streitkräften als auch und den Einheiten der Territorialen Verteidigung.

Gerade hatten wir hier eine Beratung, am Standort des Grenzschutzes, wo uns die Situation genau vorgestellt wurde. Wir haben die Meldung und Information von allen Befehlshabern der jeweiligen Dienste entgegen genommen. Aktuell leisten hier, in diesem Gebiet, wofür der Grenzposten in Kuźnica zuständig ist, [...] über 600 Soldaten und Beamte in Präsenz ihren Dienst.

Selbstverständlich umfasst die Besetzung deutlich über 1.000 Personen, denn hier herrscht das Prinzip der Rotation. Es gibt 90 Militärposten, die an der Grenzlinie die Arbeit und den Dienst der Beamten des Grenzschutzes unterstützen und die wiederum noch von der Polizei unterstützt werden. Das ist hier also sozusagen eine solidarische Arbeit der Armee und der anderen Dienste, damit die Grenze gut geschützt ist und wir unsere Verpflichtungen auch als Mitglied der Europäischen Union realisieren können, wie ich schon wiederholt unterstrichen habe.

Wir haben sowohl den Beamten als auch den Soldaten sehr gedankt, denn sie leisten ihren Dienst fern von zu Hause und jetzt bereits unter sehr schwierigen Bedingungen. Die Temperatur beträgt aktuell minus 10 Grad, es ist also wirklich kalt. Jeder kann sich vorstellen, dass das nicht leicht ist. Die Führung bemüht sich natürlich, die besten Bedingungen zu garantieren. Die Soldaten haben hier sowohl beheizte Räume als auch Zelte. Die Sozialräume sind ebenfalls beheizt. Die grundlegenden Existenzbedingungen sind also gesichert.

Es ist aber klar, dass der Dienst schwierig ist, die Patrouillen dauern zwölf Stunden, es ist also nicht leicht. Zum Glück haben die Soldaten auch hier, an der Grenzlinie, Räume, wo sie sich aufhalten können, wo ein Ofen ist, wo sich die Streife aufwärmen kann, wo man sich einen Tee machen kann. Insofern gibt es also zusätzliche Unterstützung. Im Übrigen möchte ich auch aus ganzem Herzen den Familien unserer Soldaten und Beamten danken, dass sie die familiäre Mühsal ertragen, dass ihre Nächsten nicht da sind.

Auch will ich den Einwohnern dieses Gebietes herzlich danken, dass sie mit so außergewöhnlicher Freundlichkeit unsere Soldaten und Beamten behandeln – sowohl die, die ihren Dienst direkt an der Grenze ableisten, als auch die Polizisten, die ihre Posten auch außerhalb der direkten Grenzzone haben und reguläre Kontrollen durchführen. Sie alle treffen auf große Freundlichkeit, bekommen Kuchen, die Menschen bringen ihnen Mahlzeiten – sie werden sehr freundlich behandelt. Dafür danke ich vielmals.

[...]

Herr Präsident, wie beurteilen Sie die Situation hier an der polnisch-belarussischen Grenze? Ist es jetzt ruhiger als noch vor ein paar Wochen?

Die Situation hat sich verändert. Aber ob es ruhiger ist? Genau danach habe ich den Befehlshaber des Grenzpostens gefragt, ob sie meinen, dass es ruhiger ist. Er sagte, sie können das so nicht bewerten. Die Situation hat sich verändert, weil die Migranten aus dem wilden Camp, das sich hier befand, genau an der Grenzlinie, von belarussischen Beamten in Lagerhallen gebracht wurden, die knapp einen Kilometer von der Grenzlinie entfernt sind. Das heißt, sie sind im Stande, sich buchstäblich in sieben bis zehn Minuten hierher zu begeben. Dort, in den Gebäuden, sind zurzeit nach Schätzungen unserer Grenzdienste über 1.000 Personen, also eine riesige Gruppe. Und von Zeit zu Zeit wieder-

holen sich in der Nähe Angriffe auf die Grenze an verschiedenen Stellen im Gebiet dieses Verantwortungsbereichs – dieser Abschnitt beträgt 18 Kilometer.

Der Befehlshaber sagt, dass sie leider weder Stunde noch Tag kennen. Unversehens können einige belarussische Lastwagen auftauchen, die eine Gruppe Migranten bringen, plötzlich steigen sie aus und schon sind 120 Personen da. Innerhalb kurzer Zeit können mehr als 100 Personen auftauchen, die die Grenze an einer Stelle stürmen. Unsere Beamte und Soldaten müssen hier die ganze Zeit bereit und aktiv sein. Der Befehlshaber hat betont: Die Wachsamkeit muss die ganze Zeit aufrechterhalten werden. Es ist also schwer zu sagen, ob es ruhiger sei. Es ist einfach anders. Es gibt keinen ständigen Ansturm, wie wir ihn vor einigen Wochen gesehen haben, aber die ganze Zeit wiederholen sich Angriffe, Versuche illegaler Grenzübertritte.

Meine Frau fragte, wie die Hilfe für die Migranten aussieht, die die Grenze übertreten – die gleich nach dem Grenzübertritt festgenommen werden. Wir wurden detailliert über das gesamte Verfahren informiert, dem sie unterzogen werden. Die Beamten des Grenzschutzes und die Soldaten sind mit einer Basisausrüstung ausgestattet, um diesen Personen zu helfen, das heißt wärmeisolierende Folie, Basisnahrung, die man ihnen sofort geben kann, Verbandszeug, wenn nötig, und sofort, wenn notwendig, rufen sie Hilfe, sei es einen Rettungswagen oder ein eigenes Transportfahrzeug, um sie zum Posten des Grenzschutzes zu bringen, an einen warmen Ort, wo ihnen erste Hilfe im Sinne von Unterstützung gewährt werden kann. Die Migranten können sich aufwärmen, es gibt warmes Essen, ein warmes Getränk – das, was man ad hoc anbieten kann. Und das durchgeführte Verfahren – natürlich das, was rechtlich in solchen Situationen vorgesehen ist.

Herr Präsident, wie werden die kommenden Monate aussehen, was die Koordination dieser Tätigkeiten an der Grenze betrifft? Sie berufen regelmäßig Sitzungen des Büros für Nationale Sicherheit ein. Sind sie noch weiter geplant? Oder wird es diese Treffen nicht geben und ihre Intensität geringer, weil momentan die – nennen wir es Eskalation der Aktionen etwas geringer ist?

Jeden Tag beginne ich damit, dass ich auf dem Schreibtisch eine Meldung über die aktuelle Situation an der Grenze habe, alles, was in der Nacht passiert ist, wie viele Versuche von Grenzübertritten es gab, an welcher Stelle, Beschreibungen der Situation – alles, was unverzichtbar ist, um mit den grundlegenden Informationen ausgestattet zu sein.

Wie Sie wissen, finden Treffen der Leitung – man kann ohne Übertreibung sagen – des Staates statt. Denn wenn der Ministerpräsident, die Minister der wesentlichen Ministerien, die für die Sicherheit hier, an der Grenze verantwortlich sind, der Verteidigungsminister oder der Innenminister, anwesend sind, wenn wir uns in diesem Kreis treffen, dann ist das in der Tat eine Beratung auf höchster Ebene. Und tatsächlich finden sie regelmäßig statt.

[...]

Es sind tatsächlich alle Szenarien möglich. Wir sind nicht in der Lage vorauszusehen, was das belarussische Regime auf der anderen Seite tun wird. Wir wissen, dass ein Teil der Migranten mit dem Flugzeug in ihre Herkunftsländer gebracht wird. Aber es kommen auch verschiedene Informationen, dass ihnen ein Ultimatum gestellt wird: Dass sie abgeschoben werden, es sei denn, sie entscheiden sich, die polnische Grenze anzugreifen und mit Gewalt nach Polen einzudringen. Die Situation ist schwierig.

Herr Präsident, sollten die Journalisten mehr Freiheit bei der Berichterstattung darüber, was hier, an der polnisch-belarussischen Grenze geschieht, haben? Denn jetzt sind wir tatsächlich allein darauf verwiesen, was uns die Ordnungsdienste zeigen.

Vor allem muss den Ordnungsdiensten die Möglichkeit garantiert sein, ihre Tätigkeiten frei auszuüben und ihren Pflichten nachzugehen, die sie – das will ich mit allem Nachdruck betonen – im Rahmen der geltenden Vorschriften und auf ihrer Grundlage erfüllen. Im Zusammenhang damit müssen sie gut funktionieren.

Aber dafür, dass solche Möglichkeiten auch für die Arbeit der Journalisten geschaffen werden, wurden unter anderem in letzter Zeit Rechtsakte veröffentlicht, mit denen entsprechende Verfahren festgesetzt wurden. Im Zusammenhang damit gehe ich davon aus, dass Ihnen solche Möglichkeiten geschaffen wurden.

Ich danke Ihnen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Der Präsident der Republik Polen. <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wywiady/wypowiedz-prezydenta-rp-w-kuznicy,46343> (abgerufen am 21.01.2022).

Neujahrsansprache des Präsidenten der Republik Polen für das Jahr 2022

31.12.2021

[...]

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im zu Ende gehenden Jahr wurde Polen das Ziel eines hybriden Angriffs, der vom Regime Alexander Lukaschenkos gesteuert wurde. Dank einer schnellen und entschlossenen Reaktion und – vielleicht vor allem – dank der Hingabe Tausender Beamte des Grenzschutzes, Soldaten, Polizisten und Beamte anderer Dienste, darunter auch Feuerwehrleute, haben wir als Staat und als Bürger die Prüfung bestanden. Wir haben unsere Entschlossenheit bei der Verteidigung unserer Grenze zu Belarus gezeigt und bewiesen, dass wir in der Lage sind, wirksam für unsere Sicherheit sowie auch für die Sicherheit der europäischen Gemeinschaft zu sorgen.

Wir sind stolz auf unsere Beamte und Soldaten, die bewiesen haben, welche große Verpflichtung es für sie ist, die polnische Uniform zu tragen. Vergessen wir nicht, dass auch in dieser Silvesternacht viele von ihnen unsere Grenze schützten.

Fragen unserer Sicherheit sind eng mit der Sicherheit der Länder unserer Region und ganz Europas verbunden. Ich habe in den vergangenen Wochen persönlich mit vielen internationalen Staats- und Regierungschefs gesprochen. Immer traf ich auf vollkommenes Verständnis und volle Anerkennung für unsere Aktivitäten. Polen ist ein glaubwürdiger Partner in der Europäischen Union und im Nordatlantikpakt.

[...]

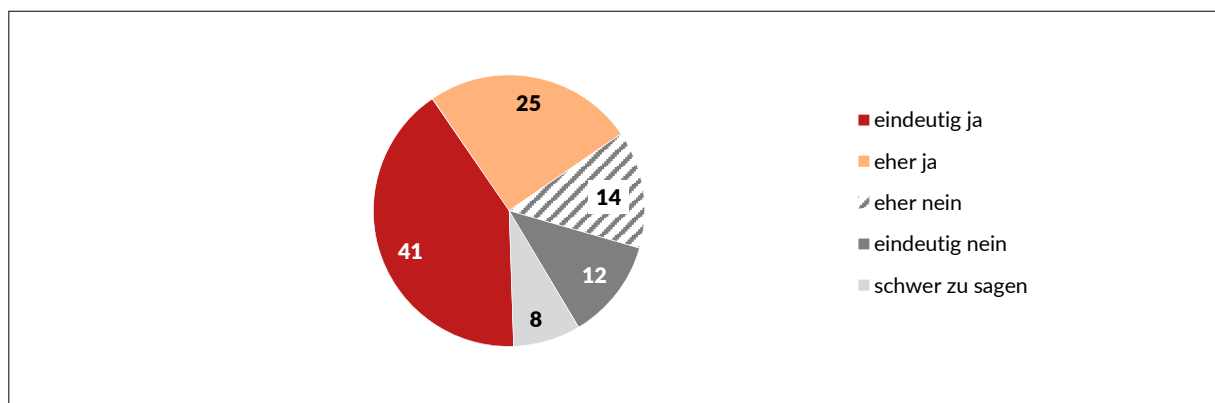
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Der Präsident der Republik Polen*. <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/noworoczne-oredzie-prezydenta-rp-plen,47276> (abgerufen am 20.01.2022).

UMFRAGEN

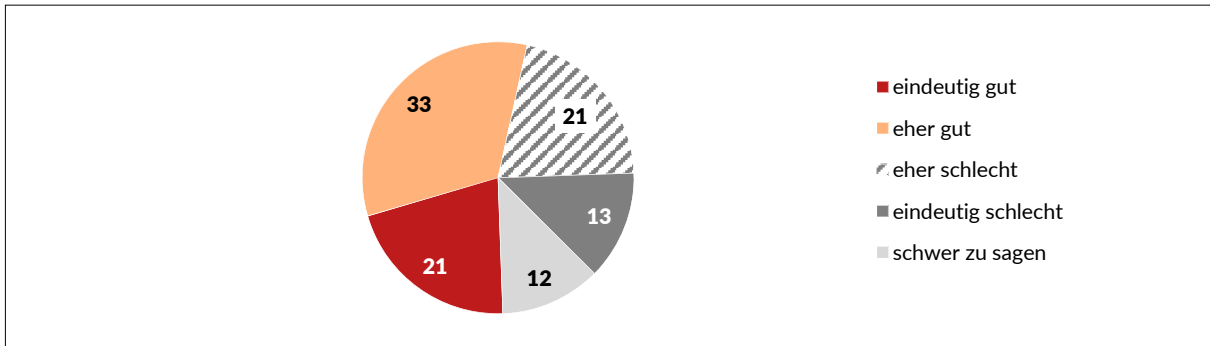
Meinungen zur Lage an der Grenze zu Belarus

Grafik 1: Unterstützen Sie den Bau einer Sperre an der Grenze zu Belarus, welche den illegalen Grenzübertritt erschweren würde? (Dez. 2021, %)



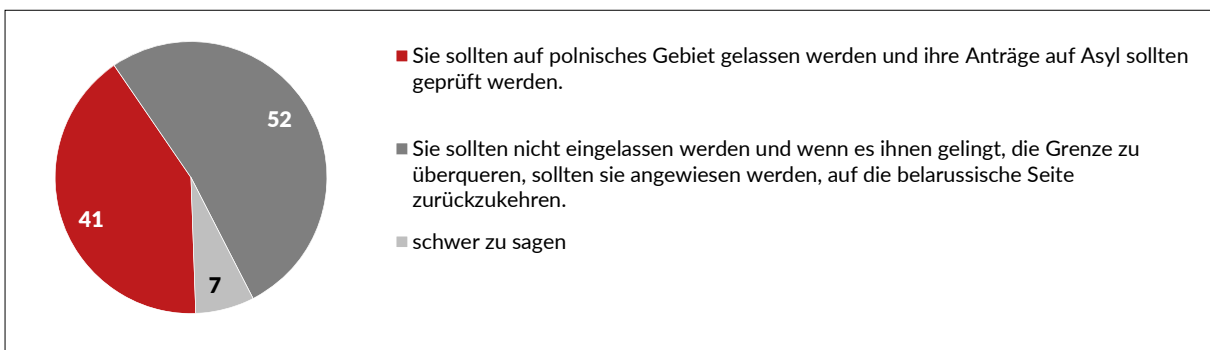
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 160/2021: *Opinia publiczna wobec kryzysu na granicy z Białorusią* [Die öffentliche Meinung zur Krise an der Grenze zu Belarus]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie beurteilen Sie im Allgemeinen die Maßnahmen der polnischen Regierung angesichts der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze? (Dez. 2021, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 160/2021: *Opinia publiczna wobec kryzysu na granicy z Białorusią* [Die öffentliche Meinung zur Krise an der Grenze zu Belarus]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

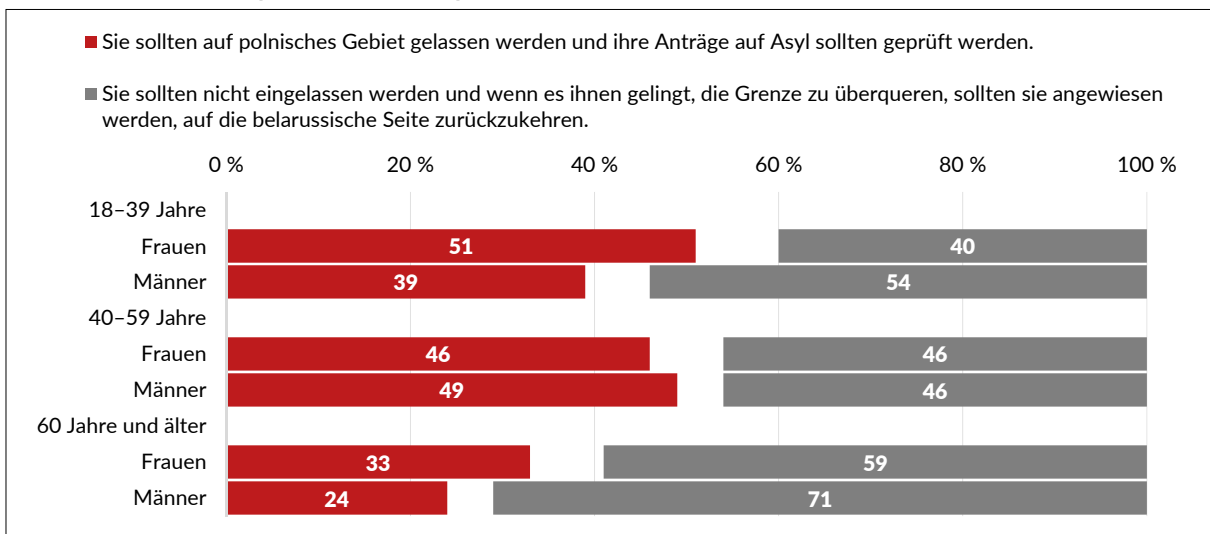
Grafik 3: Wie sollten die staatlichen Organe die Menschen behandeln, die die Grenze zwischen Belarus und Polen überqueren wollen? (Sept. 2021, %)



Ipsos für OKO.press und Gazeta Wyborcza; Umfrage vom 21.-23.09.2021.

Quelle: <https://oko.press/52-proc-za-wypychaniem-uchodzcow-mezczyzni-na-zimno-kobiety-ze-wspolczuciem/> (abgerufen am 12.01.2022).

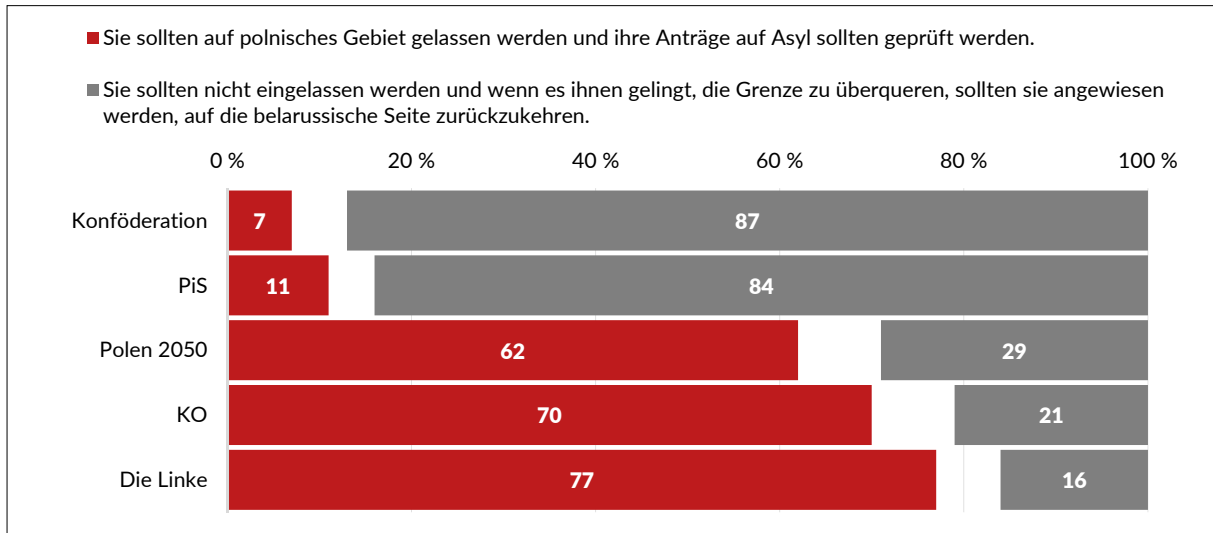
Grafik 4: Wie sollten die staatlichen Organe die Menschen behandeln, die die Grenze zwischen Belarus und Polen überqueren wollen? (Sept. 2021, %, nach Alter und Geschlecht)



Ipsos für OKO.press und Gazeta Wyborcza; Umfrage vom 21.-23.09.2021.

Quelle: <https://oko.press/52-proc-za-wypychaniem-uchodzcow-mezczyzni-na-zimno-kobiety-ze-wspolczuciem/> (abgerufen am 12.01.2022).

Grafik 5: Wie sollten die staatlichen Organe die Menschen behandeln, die die Grenze zwischen Belarus und Polen überqueren wollen? (Sept. 2021, %, nach Parteipräferenzen)

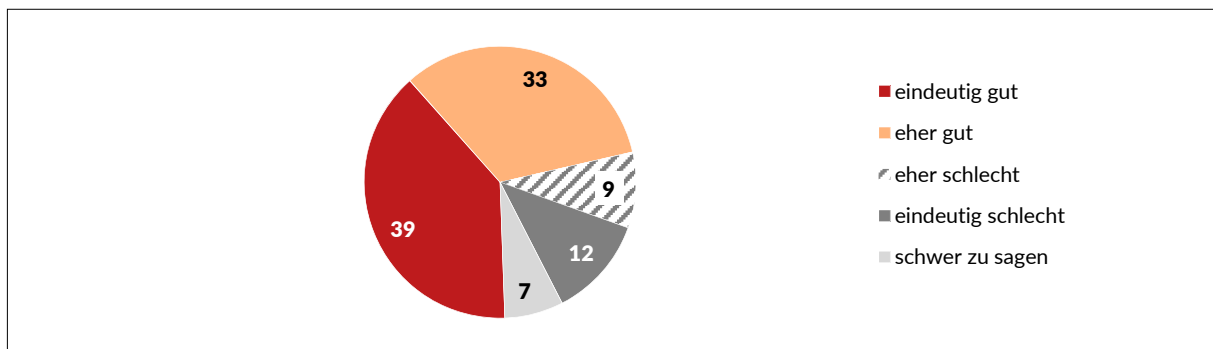


Konföderation/Konfederacja; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Polen 2050/Polska 2050; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Die Linke/Lewica

Ipsos für OKO.press und Gazeta Wyborcza; Umfrage vom 21.–23.09.2021.

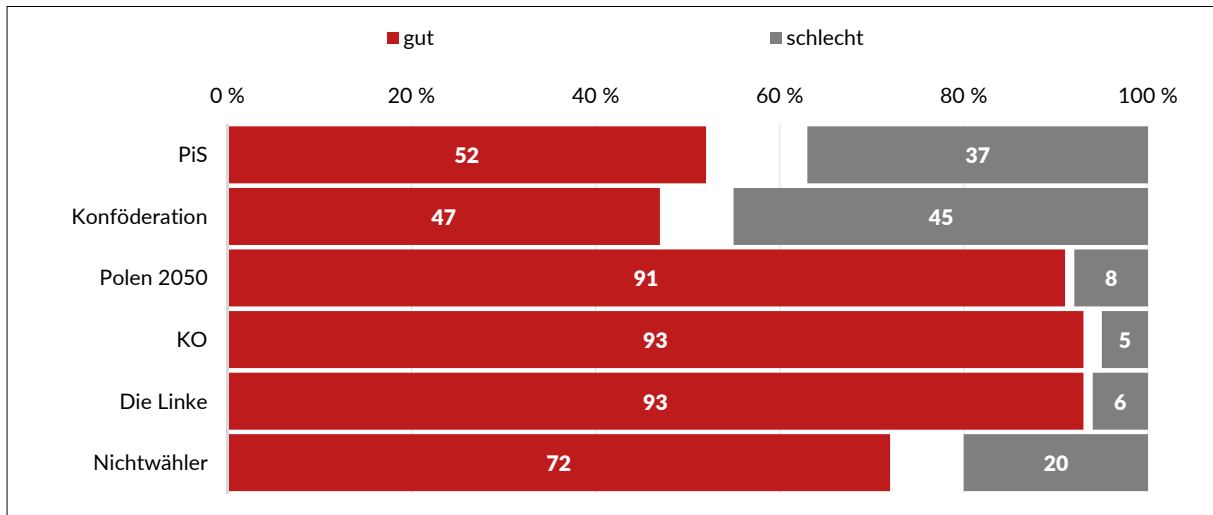
Quelle: <https://oko.press/52-proc-za-wypychaniem-uchodzcow-mezczyzni-na-zimno-kobiety-ze-wspolczuciem/> (abgerufen am 12.01.2022).

Grafik 6: Humanitäre Organisationen und auch manche Einwohner der Grenzregion zu Belarus versuchen, Migranten zu retten, die auf polnisches Territorium gelangt sind, indem sie die Grenze illegal übertreten haben. Ist das, was die humanitären Organisationen und Einwohner tun, Ihrer Meinung nach gut oder schlecht? (Dez. 2021, %)



Quelle: Ipsos für OKO.press; Umfrage vom 28.–30.12.2021. <https://oko.press/az-72-proc-polek-i-polakow-za-pomoca-humanitarna-na-granicy-sondaz-ipsos/> (abgerufen am 12.01.2022).

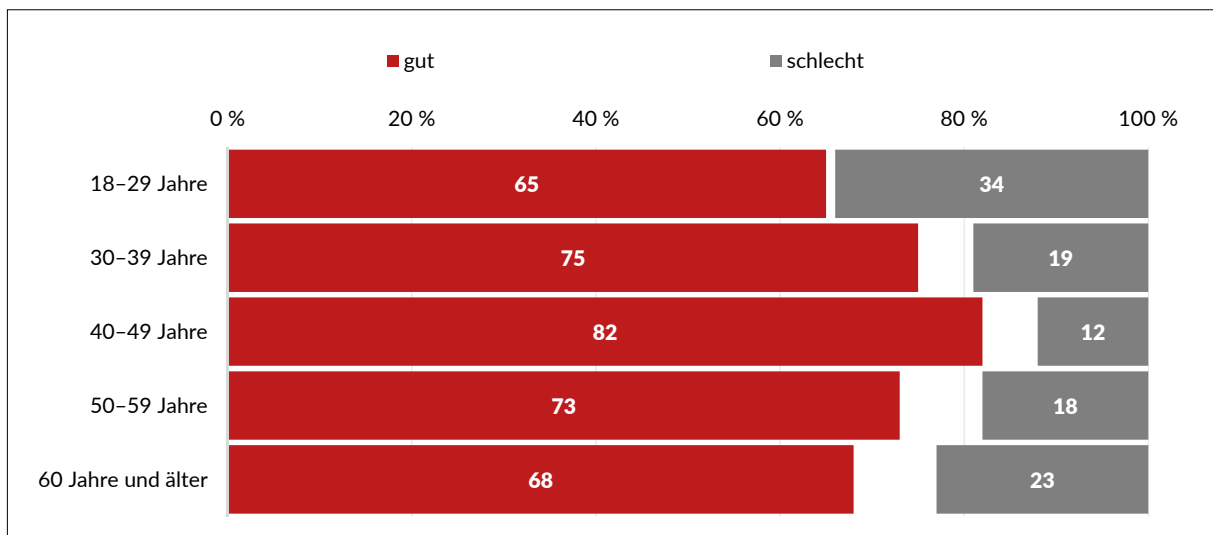
Grafik 7: Humanitäre Organisationen und auch manche Einwohner der Grenzregion zu Belarus versuchen, Migranten zu retten, die auf polnisches Territorium gelangt sind, indem sie die Grenze illegal übertreten haben. Ist das, was die humanitären Organisationen und Einwohner tun, Ihrer Meinung nach gut oder schlecht? (Dez. 2021, %, nach Parteipräferenzen)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; Polen 2050/Polska 2050; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Die Linke/Lewica

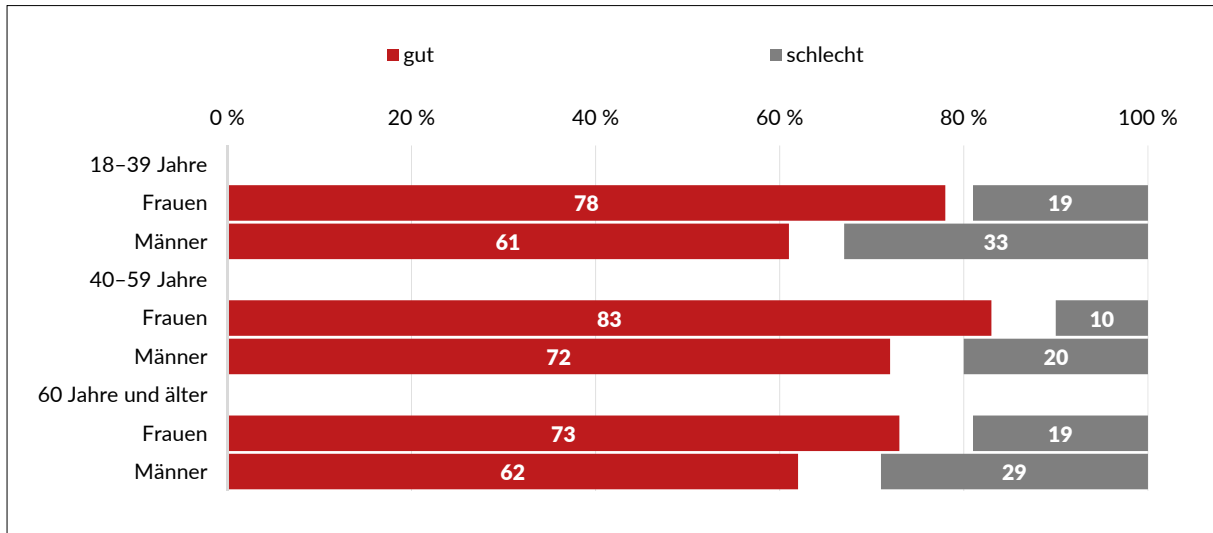
Quelle: Ipsos für OKO.press; Umfrage vom 28.–30.12.2021. <https://oko.press/az-72-proc-polek-i-polakow-za-pomoca-humanitarna-na-granicy-sondaz-ipsos/> (abgerufen am 12.01.2022).

Grafik 8: Humanitäre Organisationen und auch manche Einwohner der Grenzregion zu Belarus versuchen, Migranten zu retten, die auf polnisches Territorium gelangt sind, indem sie die Grenze illegal übertreten haben. Ist das, was die humanitären Organisationen und Einwohner tun, Ihrer Meinung nach gut oder schlecht? (Dez. 2021, %, nach Alter)



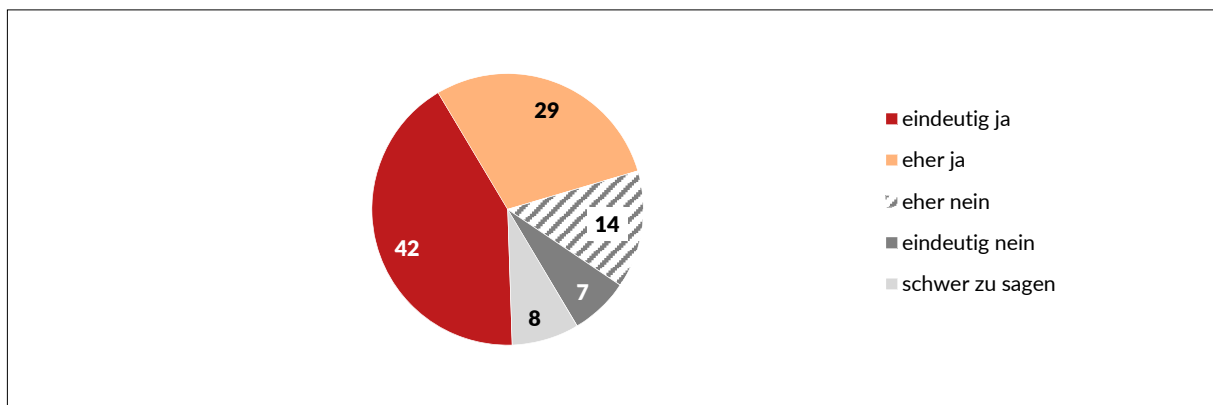
Quelle: Ipsos für OKO.press; Umfrage vom 28.–30.12.2021. <https://oko.press/az-72-proc-polek-i-polakow-za-pomoca-humanitarna-na-granicy-sondaz-ipsos/> (abgerufen am 12.01.2022).

Grafik 9: Humanitäre Organisationen und auch manche Einwohner der Grenzregion zu Belarus versuchen, Migranten zu retten, die auf polnisches Territorium gelangt sind, indem sie die Grenze illegal übertreten haben. Ist das, was die humanitären Organisationen und Einwohner tun, Ihrer Meinung nach gut oder schlecht? (Dez. 2021, %, nach Alter, nach Geschlecht)



Quelle: Ipsos für OKO.press; Umfrage vom 28.-30.12.2021. <https://oko.press/az-72-proc-polek-i-polakow-za-pomoca-humanitarna-na-granicy-sondaz-ipsos/> (abgerufen am 12.01.2022).

Grafik 10: Sollten die Medien in der jetzigen Situation Zugang zu den Gebieten an der Grenze zu Belarus haben? (Dez. 2021, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 160/2021: Opinia publiczna wobec kryzysu na granicy z Białorusią [Die öffentliche Meinung zur Krise an der Grenze zu Belarus]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

CHRONIK

7. Dezember 2021 – 24. Januar 2022

07.12.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski und sein Stellvertreter Waldemar Kraska stellen neue Maßnahmen zur Eindämmung der vierten Welle der Corona-Infektionen sowie der Virusmutante Omikron vor, da sich die Lage nicht stabilisiert habe und eine Überlastung des Gesundheitssystems drohe. So arbeite die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) aktuell an einem Gesetzesentwurf, der es dem Arbeitgeber erlaube, vom Arbeitnehmer das Ergebnis eines Corona-Tests zu fordern. Außerdem sollen weitere Beschränkungen eingeführt werden: ab dem 15. Dezember 2021 die Schließung von Klubs und Diskotheken; in Restaurants, Theatern, Kinos und Kirchen dürfen mehr als 30 % der Plätze nur bereitgestellt werden, wenn die Besucher geimpft sind; Personen, die von außerhalb des Schengenraums mit dem Flugzeug nach Polen einreisen, müssen einen Corona-Test machen und an den Schultagen zwischen dem 20. Dezember 2021 und dem 9. Januar 2022 wird Distanzunterricht durchgeführt. Ab dem 1. März 2022 soll eine Impfpflicht gegen COVID-19 für das medizinische Personal, Lehrer und die uniformierten Dienste eingeführt werden. Kraska teilt mit, dass in den letzten 24 Stunden 826 COVID-19-Patienten neu in die Krankenhäuser eingeliefert wurden. Insgesamt befänden sich zurzeit mehr als 23.000 Corona-Patienten in stationärer Behandlung; über 2.000 lägen auf der Intensivstation.
09.12.2021	Präsident Andrzej Duda trifft sich mit Swetlana Tichanowskaja, einer Anführerin der demokratischen Opposition in Belarus, die im Exil lebt. Thematisiert wird die aktuelle Lage und Stimmung in Belarus sowie ein für Februar 2022 vom belarussischen Regime angekündigtes Verfassungsreferendum. Duda sagt anschließend, beide seien davon überzeugt, dass es vom Regime manipuliert werden wird. Die Weltöffentlichkeit müsse weiter darüber informiert werden, dass die belarussischen Machthaber keine demokratischen Regeln im Land zulassen und Tausende Menschen inhaftiert sind und verfolgt werden.
10.12.2021	Einen Tag nach ihrer Ernennung zur Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland reist Annalena Baerbock zum Antrittsbesuch nach Warschau. Nach dem Treffen mit ihrem Amtskollegen Zbigniew Rau, auf dem bilaterale und europäische außen- und energiepolitische Themen behandelt wurden, zeigt sich dieser erfreut, dass Baerbock die kritische Haltung und die Befürchtungen Polens gegenüber der Gaspipeline Nord Stream 2 mit Blick auf die Ostpolitik teile, so das polnische Außenministerium. Rau hofft, dass die konkreten Auswirkungen auf das deutsche Regierungshandeln haben wird. Anschließend wird Baerbock von Präsident Andrzej Duda empfangen.
11.12.2021	Auf dem Landesrat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stellt Parteivorsitzender Donald Tusk einen Handlungsplan mit Blick auf die kommenden, eventuell vorgezogenen Parlamentswahlen vor. Vorgesehen ist, ein System zur Kontrolle der korrekten Wahldurchführung aufzubauen und die Zusammenarbeit mit anderen prodemokratischen Parteien und Kräften auf Selbstverwaltungsebene zu stärken. Als Ergebnis mehrerer thematischer Kongresse, an denen auch Experten anderer Oppositionsparteien teilnehmen sollen, soll im nächsten halben Jahr ein Parteiprogramm (»Polen, von dem ich träume«) entwickelt werden.
12.12.2021	In einem Interview mit der Tageszeitung Financial Times sagt Justizminister Zbigniew Ziobro, Polen solle als Antwort auf die »Erpressung« vonseiten der Europäischen Union bei Entscheidungen der EU, bei denen Einstimmigkeit erforderlich ist, Veto einlegen. Wenn der Streit der EU mit Polen über die Rechtsstaatlichkeit in Polen eskaliere, werde er dafür eintreten, dass Polen seine Zahlungen an die EU einstellt. Die Europäische Kommission vermittele den Polen, wenn sie die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterstützen würden, dann bekämen sie kein Geld von der EU. Dies sei aber nicht Ausdruck der Sorge der EU um die Rechtsstaatlichkeit in Polen, so Ziobro, sondern ein politisches Diktat, Erpressung und der Versuch, die demokratische Entscheidung von Millionen Polen zu untergraben. Hintergrund ist, dass die Europäische Kommission die Auszahlung von 36 Mio. Euro an Polen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds im Zusammenhang mit dem Rechtsstaatsmechanismus zurückhält.
12.12.2021	Der neu gewählte Bundeskanzler Olaf Scholz reist zu seinem Antrittsbesuch nach Warschau. Bei seinem Treffen mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki betont Scholz, dass die Europäische Union eine Werte- und Rechtsgemeinschaft ist. Er hoffe, dass die Europäische Kommission und die polnische Regierung im Streit um die polnische Justizreform eine pragmatische Lösung finden werden. Auf die Forderung Morawieckis, die umstrittene Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen, verweist Scholz auf das Ziel Deutschlands, in 25 Jahren klimaneutral zu sein, was mit der drastischen Reduktion von Gaslieferungen einhergehen werde. Mit Blick auf Reparationsforderungen Polens gegenüber Deutschland verweist Scholz auf früher geschlossene Verträge, die die Forderungen erledigt hätten. Zudem fließe ein Großteil der hohen EU-Zahlungen aus Deutschland auch an Länder im Osten der Europäischen Union. Deutschland stelle sich seiner moralischen Verantwortung für die Verbrechen von Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Der Besuch in Warschau war Scholz' dritte Station nach Antrittsbesuchen in Paris und Brüssel.

13.12.2021	Im ganzen Land wird der Verhängung des Kriegsrechts vor 40 Jahren in der Volksrepublik Polen gedacht.
13.12.2021	Außenminister Zbigniew Rau nimmt in Brüssel am EU-Außenministertreffen teil. Rau warnt, dass die Europäische Union trotz der aktuellen Entspannung der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze auf eine weitere Eskalation vorbereitet sein muss. Außerdem müsse die EU gegenüber Russland deutlich machen, dass eine mögliche Aggression gegenüber der Ukraine ernste Folgen für Russland haben werde.
14.12.2021	Vize-Senatsmarschallin Gabriela Morawska-Stanecka, Senator Wojciech Konieczny und die Abgeordneten Joanna Senyszyn, Robert Kwiatkowski und Andrzej Rozenek treten aus der Fraktion Die Linke (Lewica) aus. Die Abgeordneten gründen den Abgeordnetenkreis Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS). Konieczny wird Vorstand des Kreises, Morawska-Stanecka und Senyszyn Stellvertreterinnen. Morawska-Stanecka sagt, in der Fraktion Die Linke seien viele, die ihre Vorstellungen durch die Art der Leitung nicht mehr verwirklichen können. Diese rufe sie auf, in den Kreis der PPS überzutreten.
15.12.2021	Zur Eindämmung der hohen Infektionszahlen der Corona-Pandemie gelten ab heute verschärfte Kontaktregeln. In der Gastronomie, Kinos, Theatern und Sportanlagen dürfen statt 50 % der Plätze nur noch 30 % belegt werden. Personen, die gegen Covid-19 geimpft sind, werden nicht mitgerechnet. Diskotheken und Nachtclubs dürfen nicht öffnen. Die Schule findet bis zum 9. Januar 2022 im Distanzunterricht statt. Personen, die mit einem an Covid-19 Erkrankten zusammenleben, müssen, auch wenn sie geimpft sind, einen Corona-Test machen. Personen, die von außerhalb des Schengenraumes nach Polen einreisen, müssen sich max. 24 Stunden vor dem Grenzübertritt einem Test unterziehen.
15.12.2021	Nach Angaben von Piotr Cwik, stellvertretender Leiter der Präsidialkanzlei, setzt Präsident Andrzej Duda heute einen Rat für Sicherheit und Verteidigung ein. Diesem sollen Wissenschaftler, Vertreter der uniformierten Dienste, der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) Paweł Soloch und Präsidentenberater Andrzej Zybortowicz angehören. Auch Innenminister Mariusz Kamiński und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak sollen bei der Einsetzung zugegen sein.
16.12.2021	Auf der Sitzung des Europarates in Brüssel fordert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von der Europäischen Kommission, dass Investitionen in Gas und Atomenergie in die EU-Taxonomie (Umlenkung der Finanzströme in nachhaltige Aktivitäten) aufgenommen werden.
17.12.2021	Im Eilverfahren stimmt der Sejm mit 229 Ja-Stimmen, 212 Nein-Stimmen und elf Enthaltungen für das sogenannte »Lex TVN«, ein umstrittenes Mediengesetz, das vorsieht, dass außereuropäische Investoren maximal 49 % der Anteile polnischer Medienunternehmen halten dürfen. Kritiker sehen darin einen Angriff auf den regierungskritischen privaten polnischen Nachrichtensender TVN24, der zum US-Medienkonzern Discovery gehört. Da der Sejm das Veto des Senats gegen das Gesetz unbeachtet ließ, geht es nun an den Präsidenten. Kritik an der Entscheidung des Sejm kommen aus der Opposition, von der Europäischen Kommission und den USA.
19.12.2021	In mehr als 100 Städten in Polen finden Proteste gegen das sogenannte »Lex TVN« statt, das vor zwei Tagen im Sejm verabschiedet wurde. Den vom Fernsehkanal TVN24 initiierten Appell an Präsident Andrzej Duda, Veto gegen das Gesetz einzulegen, haben am späten Abend mehr als zwei Millionen Personen unterschrieben. Das umstrittene Mediengesetz sieht vor, dass außereuropäische Investoren maximal 49 % der Anteile polnischer Medienunternehmen halten dürfen. Kritiker sagen, das Gesetz richte sich speziell gegen den regierungskritischen privaten polnischen Fernsehsender TVN24, der zum US-Medienkonzern Discovery gehört.
20.12.2021	Präsident Andrzej Duda nimmt in Huta (Ukraine) an einem Treffen mit seinen Amtskollegen des Lubliner Dreiecks (Litauen, Polen, Ukraine), Wolodymyr Selenskyj (Ukraine) und Gitanas Nausėda (Litauen), teil. Thematisiert werden die Sicherheitslage der Ukraine angesichts der Provokationen und des Drucks, die von Russland auf die Ukraine ausgeübt werden. Polen und Litauen unterstützen die euroatlantische Integration der Ukraine und rufen die Nachbarn und die NATO auf, die Ukraine entschlossen zu stärken.
21.12.2021	Die Pressesprecherin des Grenzschutzes (Straż Graniczna – SG), Anna Michalska, informiert die Polnische Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) über die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze. Dort versuchen Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern seit Monaten, in die Europäische Union zu gelangen, was der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko initiierte und unterstützt. Michalska sagt, die belarussische Seite wende seit ca. einer Woche eine neue Methode an. Während sie versuche, den polnischen Grenzschutz mit Steinwürfen, Blendungen u.ä. an einer Stelle der befestigten Grenze abzulenken, versuchen Migranten an einer anderen Stelle, die Grenze zu überwinden. Im Dezember hat die SG bisher 1.400 Versuche illegaler Grenzübertritte verzeichnet. Polen hat bis zum 1. März 2022 ein Aufenthaltsverbot im Grenzstreifen verfügt.

22.12.2021	Die Europäische Kommission leitet ein neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen ein, da mehrere Urteile des polnischen Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) gegen den Vorrang und das Prinzip der einheitlichen Anwendung des EU-Rechts sowie gegen die bindende Wirkung von EuGH-Urteilen verstoßen. Außerdem zweifelt die Kommission an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des TK. Die Europäische Kommission bezieht sich u. a. auf ein Urteil des TK vom Oktober 2021, wonach Teile des EU-Rechts nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar sind.
24.12.2021	Wojciech Skurkiewicz, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, versichert in einem Interview des Dritten Programms des Polnischen Radio, dass die in Israel entwickelte Überwachungssoftware Pegasus nicht in der Ausrüstung der polnischen Streitkräfte und Abwehrdienste installiert ist. Der Hintergrund sind Informationen der US-amerikanischen Presseagentur Associated Press, dass der Senator der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – PO) Krzysztof Brejza 2019 mit Hilfe von Pegasus überwacht wurde sowie auch der Rechtsanwalt Roman Giertych und die Staatsanwältin Ewa Wrzosek.
24.12.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak nehmen an einer Weihnachtsfeier für die polnischen Soldaten teil, die aktuell an der polnisch-belarussischen Grenze eingesetzt sind, um illegale Grenzübertritte von Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern zu verhindern. Morawiecki dankt den Soldaten und betont, dass Polen und die stationierten Soldaten zurzeit für die gesamte Europäische Union und ihre Sicherheit sowie für die Sicherheit des polnischen Staatsgebietes verantwortlich sind. Błaszczak verweist in seiner Ansprache auf den Weihnachtsbaum vor Ort, der mit Postkarten geschmückt ist. Mit diesen haben Kinder aus ganz Polen als Ausdruck ihrer Unterstützung den Soldaten für ihren Einsatz gedankt, so Błaszczak.
27.12.2021	Präsident Andrzej Duda legt sein Veto gegen das umstrittene Mediengesetz, das sogenannte »Lex TVN«, ein, das am 17. Dezember vom Sejm verabschiedet wurde. Als Begründung nennt er u. a. den Vertrag über wirtschaftliche und Handelsbeziehungen zwischen Polen und den USA, Medienpluralismus und die Freiheit des Wortes. Das Gesetz sieht vor, dass nichteuropäische Medienkonzerne maximal 49 % an inländischen Medienunternehmen besitzen dürfen. Kritiker sehen in dem Gesetz einen Angriff auf die Medienfreiheit und insbesondere auf den regierungskritischen polnischen privaten Nachrichtenkanal TVN24, der zum US-Medienkonzern Discovery gehört. Gegen das Gesetz gab es zahlreiche Proteste.
28.12.2021	Das polnische Außenministerium zeigt sich beunruhigt und enttäuscht über das heutige Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, dass die Auflösung der russische Menschenrechtsorganisation Memorial festlegt. Die Republik Polen sei Memorial dankbar für die Aufklärung von Repressionen Russlands gegenüber Polen, z. B. beim Massenverbrechen von Katyn (1940). Polen trete entschieden gegen jegliche Formen von Menschenrechtsverletzungen ein, wozu auch Repressionen gegen die Zivilgesellschaft, die Opposition, Verteidiger der Menschenrechte und unabhängige Medien gehören, heißt es in der Erklärung des Außenministeriums.
29.12.2021	Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke (Lewica), Wiesław Szczepański und Paweł Krutul, geben bekannt, dass sie bei der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) einen Antrag auf Überprüfung stellen, wie das Überwachungsprogramm Pegasus eingesetzt wird. Gefragt wird nach der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Kaufes der Software sowie der Rechtmäßigkeit, sie bei Politikern und Staatsanwälten einzusetzen. Hintergrund ist die Meldung der US-amerikanischen Presseagentur Associated Press in der vergangenen Woche, dass das in Israel entwickelte Überwachungsprogramm Pegasus in Polen 2019 gegen den Senator der der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – PO) Krzysztof Brejza sowie den Rechtsanwalt Roman Giertych und die Staatsanwältin Ewa Wrzosek angewendet wurde. Brejza hat vor zwei Tagen bei der NIK beantragt, in diesem Zusammenhang das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) zu überprüfen.
31.12.2021	Auf einer Pressekonferenz sagt Regierungssprecher Piotr Müller zum Thema Einsatz der Überwachungssoftware Pegasus gegen Personen aus Politik und Justiz, dass Ministerpräsident Mateusz Morawiecki angekündigt habe, die polnischen Geheimdienste in Hinblick auf die Durchführung operativer Kontrollen zu überprüfen. Müller bekräftigt, dass der Geheimdienst nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen habe; sollte er Pegasus eingesetzt haben, sei dies mit gerichtlichem Einverständnis geschehen. Müller verweigert die Antwort auf die Frage, ob Pegasus gegen Personen aus dem oppositionellen Milieu eingesetzt wurde, mit dem Verweis, dass es sich hier um geheime Informationen handele. Hinweise darauf gab die US-amerikanischen Presseagentur Associated Press in der vergangenen Woche.
01.01.2022	Polen übernimmt für ein Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

03.01.2022	Außenminister Zbigniew Rau nimmt an einer Telefonkonferenz der Außenminister der Bukarester Neun (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und der USA teil. Thematisiert wird die Sicherheitslage an der russisch-ukrainischen Grenze angesichts des russischen Truppenaufmarsches. US-Außenminister Antony Blinken betont, dass keine Entscheidungen zu Ostmitteleuropa ohne die Abstimmung mit den regionalen Partnern getroffen würden. Rau unterstreicht, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sei die angemessene Institution für Gespräche über Fragen der Sicherheit. Polen hat in diesem Jahr den Vorsitz der OSZE inne.
04.01.2022	Die Pressesprecherin des Grenzschutzes (Straż Graniczna – SG), Anna Michalska, teilt der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) mit, dass es im polnisch-belarussischen Grenzgebiet weiterhin zu Provokationen vonseiten der belarussischen uniformierten Dienste kommt. Sie würden polnische Grenzschützer mit Steinen bewerfen und Lasern blenden; die Zerstörung des Grenzdrahtes an verschiedenen Stellen werde ebenfalls auf belarussische Aktivitäten und nicht auf Migranten zurückgeführt. Hintergrund ist, dass Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern seit Monaten versuchen, die Grenze zwischen Belarus und der Europäischen Union zu überqueren. Dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko wirft die EU vor, die Migranten gezielt ins Land geholt zu haben und die EU destabilisieren zu wollen.
05.01.2022	Das US-amerikanische online-Netzwerk Facebook löscht das Facebook-Profil der Partei Konföderation (Konfederacja). Begründet wird der Schritt mit der Verbreitung von Hassrede im Netz und Desinformation über die Corona-Pandemie. Krzysztof Bosak, Vizevorsitzender des Abgeordnetenkreises der Konföderation, kritisiert, dass Facebook über diesen Schritt nicht die Partei, sondern das Ministerium für Digitalisierung informiert habe. Außerdem habe Facebook die Partei vorher nicht wegen angeblicher Desinformation kontaktiert. Die Konföderation werte das Vorgehen als Einmischung in die polnische Demokratie und die Redefreiheit und werde zivilrechtliche Klage gegen Facebook einlegen, so Bosak. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kritisiert ebenfalls das Vorgehen von Facebook. Es handele sich hierbei um Präventivzensur bei einer legal tätigen politischen Partei.
06.01.2022	Regierungssprecher Piotr Müller teilt im Nachrichtendienst Twitter mit, dass der polnische Botschafter in Prag (Tschechien), Mirosław Jasiński, entlassen werden soll. Der Hintergrund ist ein Interview Jasińskis mit dem Fernsehsender Deutsche Welle, in dem er sagte, dass der Streit zwischen Polen und Tschechien über den polnischen Braunkohleabbau in Turów (Südwestpolen) gütlich beigelegt werden müsse und dass vor allem auf polnischer Seite Empathie, Verständnis und Dialogbereitschaft gefehlt hätten. Tschechien hatte Polen im Februar 2021 vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen Umweltbelastungen verklagt. Da Polen die einstweilige Verfügung, den Braunkohleabbau einzustellen, nicht umsetzte, ordnete der EuGH im September 2021 die Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 500.000 Euro pro Tag an.
07.01.2022	Nachdem das US-amerikanische online-Netzwerk Facebook vor zwei Tagen das Facebook-Konto der Partei Konföderation (Konfederacja) gesperrt hat, stellt der Abgeordnetenkreis der Konföderation einen Gesetzesentwurf vor, wonach der Eigentümer eines Portals der sozialen Medien eine Verwaltungsstrafe bis zu 50 Mio. Zloty zahlen soll, wenn er den Auftritt einer politischen Partei in den sozialen Medien oder ausgewählte Inhalte ihrer Seiten teilweise oder ganz sperrt. Der Entwurf habe zum Ziel, die Seiten und Inhalte politischer Organisationen rechtlich zu schützen, was das Funktionieren des demokratischen Systems garantiere. Mit Blick auf die Wahlen in den Jahren 2023 bis 2025 sagt der Abgeordnete der Konföderation Michał Wawer, US-amerikanische Konzerne seien in der Lage, die demokratische öffentliche Debatte zu unterbinden, was sich direkt auf Wahlergebnisse niederschlagen könne.
10.01.2022	Der Sprecher des Außenministeriums Łukasz Jasina teilt mit, dass der Regierungsbeauftragte für den Kontakt mit der jüdischen Diaspora, Jarosław Nowak, vor zwei Tagen von Außenminister Zbigniew Rau entlassen wurde. Medienberichten zufolge hat Nowak in einem Interview mit der britischen Zeitung Jewish News die Aktivitäten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gegenüber der jüdischen Community kritisiert, u. a. die Novelle des Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej – IPN) im Jahr 2018. Außerdem hat er angemahnt, dass Polen sich mit der Frage der Rückgabe jüdischen Eigentums auseinandersetzen müsse.

11.01.2022	Nach aktuellen Angaben des Gesundheitsministeriums sind seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 mehr als 100.000 Personen in Polen an SARS-CoV-2 gestorben. Im Fernsehinterview mit TVN24 sagt der Präsident der Polnischen Gesellschaft der Epidemiologen und Ärzte für Infektionskrankheiten (Polskie Towarzystwo Epidemiologów i Lekarzy Chorób Zakaźnych), Robert Flisiak, dass diese Zahl nur die mit Hilfe eines Corona-Tests identifizierten Covid-19-Fälle umfasst. Es sei vielmehr von ca. 200.000 Todesfällen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auszugehen. Als eine Ursache für die hohe Anzahl nennt Flisiak, der auch Mitglied des Medizinischen Rates beim Ministerpräsidenten ist, den Personalmangel sowie die schlechte Ausstattung und Infrastruktur des polnischen Gesundheitssystems. Laut Europäischer Kommission und OECD habe Polen die wenigsten Ärzte und Krankenpfleger in Europa pro eine Million Einwohner, so Flisiak. Zusätzlich kritisiert er, dass der Medizinische Rat immer weniger Gehör bei der Regierungsmehrheit findet.
12.01.2022	Der Senat stimmt mit 52 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen (keine Enthaltungen) für die Einsetzung eines neunköpfigen Sonderausschusses zur Untersuchung der sogenannten Pegasus-Affäre. Senatsmarschall Tomasz Grodzki kündigt die Berufung der Kommission und ihre erste Sitzung für den nächsten Tag an. Dem Ausschuss soll Marcin Bosacki, Senator der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), vorstehen. Hintergrund sind Ende Dezember 2021 laut gewordene Vorwürfe, dass Mitglieder der demokratischen Opposition bzw. dieser nahestehende Akteure mit der Überwachungssoftware Pegasus illegal ausspioniert wurden.
13.01.2022	Gefragt nach Medienspekulationen, dass Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarisches Polen/Solidarna Polska) entlassen werden könnte, sagt Regierungssprecher Piotr Müller im Interview des Senders TVN24, dass keine Änderungen in der Regierung geplant seien. Ähnlich äußerten sich zuvor der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Ryszard Terlecki, und Anita Czerwińska, Sprecherin der PiS, in den Medien.
14.01.2022	Vizeaußenminister Marcin Przydacz nimmt in Brest (Frankreich) am Treffen der Außenminister der Europäischen Union teil. Vor dem Hintergrund des massiven russischen Truppenaufmarsches an der ukrainischen Grenze fordert er ein eindeutiges Signal an die russische Regierung, dass die EU im Falle einer Eskalation zu harten Sanktionen bereit ist. Von Bedeutung sei die Einheit und enge Kooperation der EU mit der NATO und den USA sowie mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Polen, das dieses Jahr den Vorsitz der OSZE innehat, sei bereit, den Dialog über die Sicherheit in Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen.
14.01.2022	13 von 17 Mitgliedern des Medizinischen Rates beim Ministerpräsidenten erklären ihren Rücktritt. Der Rat, dem ausschließlich Ärzte angehören, wurde im November 2020 als Beratungsgremium für die Bekämpfung der Corona-Pandemie berufen. Als Gründe für die Rücktritte werden inoffiziell die Beratungsrestistenz der Regierung und die Inkaufnahme von hohen Corona-Infektions- und -Todeszahlen genannt, die durch die vorgeschlagenen, aber nicht umgesetzten Maßnahmen hätten verhindert werden können.
15.01.2022	Auf dem Parteitag der Grünen (Zieloni) in Warschau werden ein Grüner Wiederaufbauplan für die Zeit nach der Corona-Pandemie vorgestellt. U. a. sollen 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Entwicklung sog. grüner Technologien fließen, bis zum Jahr 2025 soll die öffentliche Verwaltung papierlos arbeiten und bis 2030 klimaneutral. Außerdem soll das BIP neu berechnet werden, indem Faktoren wie Umweltverschmutzung, Lebensdauer und Qualität der Gesundheitsversorgung einbezogen werden. Bis 2040 soll das polnische Energiesystem auf erneuerbare Energien umgestellt sein; davon 50–55 % Windenergie, 30 % Sonnenenergie und 15 bis 20 % Energie aus Biogasanlagen.
17.01.2022	Gesundheitsminister Adam Niedzielski gibt bekannt, dass ein neuer Medizinischer Rat beim Ministerpräsidenten einberufen wird, nachdem in der vergangenen Woche 13 von 17 Mitgliedern zurückgetreten sind. Dem neuen Rat sollen nicht mehr nur Ärzte angehören, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen. Seine Aufgabe ist es, den Regierungschef bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu beraten.
18.01.2022	Außenminister Zbigniew Rau empfängt den im polnischen Exil lebenden belarussischen Oppositionsführer Pawel Latuschka. Angesichts einer neuen Welle von Repressionen gegenüber der demokratischen Zivilgesellschaft und Opposition in Belarus und fast 1.000 politischen Gefangenen, darunter auch führende Mitglieder der polnischen Minderheit in Belarus, äußert sich Rau tief beunruhigt über die innenpolitische Situation und sagt dem demokratischen Belarus weiter die Unterstützung Warschaus zu.
18.01.2022	Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, teilt mit, dass sechs Woiwodschaften zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 136 Mio. Euro zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie sowie zur Unterstützung der Digitalisierung und ökologischen Transformation erhalten. Die Woiwodschaft Kleinpolen (województwo małopolskie) erhält 33,5 Mio. Euro, Pommern (woj. pomorskie) 21,7 Mio. Euro, Westpommern (woj. zachodniopomorskie) 18,7 Mio. Euro, Lublin (woj. lubelskie) knapp 26 Mio. Euro, Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie) 20 Mio. Euro und Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie) 15,9 Mio. Euro.

20.01.2022	Der Sprecher der Europäischen Kommission, Christian Wiegand, teilt mit, dass die Europäische Kommission Polen am Vortag eine Strafzahlungsaufforderung geschickt hat, da Polen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur Disziplinarkammer des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) vom Juli 2021 bisher nicht umgesetzt hat. Es ging dem EuGH u. a. darum, dass der Disziplinarkammer die Kompetenz zu entziehen sei, die Immunität von Richtern aufzuheben. Ende Oktober 2021 teilte der EuGH mit, dass Polen eine Strafe in Höhe von einer Million Euro täglich an die Europäische Kommission zahlen muss. Die erste, nun verschickte Zahlungsaufforderung umfasst den Zeitraum vom 3. November 2021 bis 10. Januar 2022.
20.01.2022	Vizeaußenminister Szymon Szykowski vel Sęk empfängt Jens Plötner, außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz. Außer dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze werden Themen der deutsch-polnischen Beziehungen besprochen. Szykowski vel Sęk zeigt sich zufrieden darüber, dass die bilateralen freundschaftlichen Beziehungen im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung genannt werden. Gleichzeitig hoffe er auf Überwindung des Stillstands in einigen Bereichen, insbesondere bei Forderungen der in Deutschland lebenden Polen, z. B. der Forderung nach Polnischunterricht. Vor dem Hintergrund des 100. Jubiläums des Verbands der Polen in Deutschland (Związek Polaków w Niemczech) in diesem Jahr appelliert er an die deutsche Seite, das Polnische Haus in Bochum zu renovieren. Ein weiteres Jubiläum ist der 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, wofür die deutsch-polnischen Gespräche am Runden Tisch wieder aufgenommen werden könnten.
21.01.2022	Im Gesetzesblatt erscheint eine neue Verordnung zur Bekämpfung der hochansteckenden Omikron-Variante des Corona-Virus. Vom 24. Januar bis 28. Februar sollen die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung im Homeoffice arbeiten, ausgenommen sind Gerichte, Staatsanwaltschaften und Hochschulen. Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass die Corona-Quarantäne ab dem 24. Januar 2022 auf sieben Tage (von zehn bzw. 14 Tagen) verkürzt wird.
24.01.2022	Nach aktuellen Angaben der Regierung wurden seit Beginn der Impfkampagne gegen Covid-19 am 27. Dezember 2020 50.671.742 Impfdosen verabreicht. Vollständig geimpft sind 21.589.637 Personen; eine Auffrischungsimpfung (»Booster«) erhielten 9.345.652 Personen. In Polen leben 38,16 Mio. Einwohner (Stand: 30.06.2021). Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt, man müsse davon ausgehen, dass die Corona-Infektionen infolge der hoch ansteckenden Omikron-Variante in dieser Woche auf über 50.000 Fälle am Tag ansteigen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>